

Ukraine

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



Vorbemerkung zum Länderbericht Ukraine

Die derzeitige Lage in der Ukraine ist angesichts des Krieges, welcher mit dem Einmarsch des russischen Militärs am 24. Februar 2022 begann, sehr unübersichtlich. Aufgrund von Verlusten, Mobilisierungen und Hilfslieferungen von Verbündeten sind insbesondere die Angaben zur Truppenstärke sowie deren Ausstattung unzuverlässig bzw. von kurzer Halbwertszeit. Als zusätzliche, ständig aktualisierte Quellen empfehlen wir daher den Leser:innen den [Ukraine Support Tracker](#) des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), die [Liste der Bundesregierung über Rüstungslieferungen](#) an die Ukraine, sowie den [Oryx-Blog](#), welcher die ukrainischen Verluste an militärischem Material dokumentiert.

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	3
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	6
Deutsche Rüstungsexporte	6
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	11
Militärausgaben	14
Lokale Rüstungsindustrie	15
Streitkräftestruktur	17
Bewaffnung der Streitkräfte	19
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	24
Polizei und andere Sicherheitskräfte	25

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	27
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	27
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	28
Innere Lage im Empfängerland	31
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	35
Bedrohung von Alliierten	36
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	37
Unerlaubte Wiederausfuhr	39
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	40

ZUSAMMENFASSUNG

Sicherheitssektor in der Ukraine

Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für die Ukraine war viele Jahre gering. Deutschland exportierte in jüngerer Zeit (bis zur russischen Invasion am 24.02.2022) hauptsächlich Jagd- und Sportgewehre in die Ukraine. Militärische Unterstützung erhielt die Ukraine vor Februar 2022 vor allem durch die USA und – in geringerem Umfang – durch die NATO. Die Ukraine selbst war zu diesem Zeitpunkt noch unter den zehn größten Rüstungsexporturen weltweit und führte Waffen und Rüstungsgüter in zahlreiche Staaten aus. Dies änderte sich 2022 drastisch: Für die Periode 2018 – 2022 ist das Land vom 70. auf den 14. Platz der weltweiten Importeure von Waffen und Rüstungsgütern gestiegen; im Jahr 2022 war es gar drittgrößter Importeur. Wichtigste Lieferanten seither waren die USA, Polen, Deutschland, das Vereinigte Königreich und Tschechien. Insgesamt lieferten 2022 rund 30 Staaten Rüstungsgüter an die Ukraine.

Die Rüstungsindustrie der Ukraine ist gut entwickelt. Dies galt bereits zu Zeiten der Sowjetunion. Dennoch weist die ukrainische Rüstungsindustrie einige strukturelle Defizite durch technologischen Rückstand sowie wenig stringente Produktions-, Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen auf. Aktuell soll ein großer Teil der heimischen Rüstungsindustrie, nach Angaben der Ukraine, zerstört worden sein; einige Betriebe befinden sich in russisch-kontrollierten Gebieten. Daher ist eine Einschätzung zu den Kapazitäten der ukrainischen Rüstungsindustrie derzeit kaum möglich.

Ursprünglich sollten die ukrainischen Streitkräfte von 200.000 auf etwa 130.000 verkleinert werden. Die ukrainische Armee war größtenteils mit alten sowjetischen Rüstungsgütern und Kriegsgerät ausgestattet. Umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Kampfwertsteigerungen seit den 1990er Jahren konnten jedoch die Qualität des Geräts verbessern. Die dazu nötige Technik kam überwiegend aus ukrainischer und russischer Produktion. Dies änderte sich nach der russischen Annexion der Krim 2014 und dem Beginn des Krieges 2022 deutlich. Nach einer Mobilisierung umfassen die Streitkräfte um die 688.000 Soldat:innen. Mit den aktuellen Lieferungen durch NATO-Staaten änderte sich auch die Ausstattung der Streitkräfte gravierend: So verfügen die ukrainischen Streitkräfte heute auch zu großen Teilen über sehr modernes Gerät und nähern sich NATO-Standards immer weiter an.

Zu Sowjetzeiten galt das Militär als „Verteidiger der Nation“ und war fester Bestandteil der Gesellschaft. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Unabhängigkeit 1990 stand der Staat vor der Aufgabe, die ehemaligen sowjetischen Truppen in eine Armee umzubauen, die in Einklang mit dem neuen demokratischen Staat und der Gesellschaft stehen. Mit der Reform war stets das Ziel verbunden, die Armee als tragende Säule beim Aufbau des Staates und als Element des „nation buildings“ zu nutzen.

In der Ukraine existieren neben dem Militär zahlreiche weitere Sicherheitskräfte, die hauptsächlich für die interne Sicherheit verantwortlich sind. Die zivile Polizei (genannt „militsiya“) ist dem Innenministerium unterstellt und umfasst verschiedene Einheiten: Die Kriminalpolizei, „Public Safety Police“, Transportpolizei, Spezialeinheiten der Polizei

sowie „State Protection Service“. Im Sommer 2015 wurde zudem im Rahmen einer Polizeireform eine neue Einheit mit rund 2000 Polizist:innen gebildet, die seitdem die korrupte Straßenpolizei ersetzen soll und unter anderem am Maidan eingesetzt wird.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Die Ukraine ist den meisten wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit hat sie sich schnell bereit erklärt, dem Nonproliferationsvertrag beizutreten und bis 1996 alle Nuklearwaffen an Russland zu übergeben. Die Ukraine verfügte noch immer über ein Arsenal an Streubomben und hat diese im aktuellen Krieg mit Russland mindestens drei Mal und seit der Lieferung durch die USA auch regelmäßig eingesetzt. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat die Ukraine unterzeichnet, aber bislang noch nicht ratifiziert.

Besonders problematisch ist die Menschenrechtssituation im russisch kontrollierten Teil der Ost-Ukraine, wo es im Zuge des bewaffneten Konflikts mit von Russland unterstützten Milizen zu außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen und Einschüchterung durch bewaffnete Gruppen kommt; ukrainisches Militär und Milizen eingeschlossen. Der Krieg in der Ostukraine hat nach Angaben der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in Kiew allein von April 2014 bis Ende 2018 zwischen 12.800 und 13.000 Menschen getötet; darunter auch 3.300 Zivilist:innen. Im Sommer 2020 konnte zwar erneut ein Waffenstillstand vereinbart werden. Allerdings kam es weiterhin zu zahlreichen Verletzungen desselben. Die Beziehungen zu Russland waren in Folge der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 und der anhaltenden Unterstützung Russlands der pro-russischen Separatist:innen in der Ost-Ukraine schwer belastet. Bis zum Januar 2018 hatte die ukrainische Regierung im Hinblick auf die Kämpfe in den beiden östlichen Gebieten Donezk und Luhansk von einer "Anti-Terror-Operation" gesprochen. Ein im Januar 2018 vom ukrainischen Parlament erlassenes Gesetz betrachtet die beiden Regionen als "von Russland besetztes Gebiet". Im März 2014 setzte der Ständige Rat der OSZE die zivile Sonderbeobachtungsmission „Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine“ ein. Im Dezember 2020 waren rund 720 internationale Beobachter:innen aus 44 OSZE-Staaten in der Ukraine stationiert, darunter auch 29 Deutsche. Mit dem Einmarsch russischer Truppen im Februar 2022 entwickelte sich die Bedrohungslage im Osten des Landes in einen konventionellen Krieg, in dessen Zuge auch die Hauptstadt Kiew zeitweise unter schwerem Beschuss stand. Die SMM musste zum 31. März 2022 daher eingestellt werden.

Die Ukraine ist kein unmittelbares Ziel transnationaler Terrorgruppen. Organisierte Kriminalität, insbesondere Menschenhandel, stellt jedoch ein großes Problem dar. Auch gilt die Ukraine als Ursprungsland vieler illegaler Waffentransfers, darunter an bewaffnete Akteure in unterschiedlichen Konflikten in Afrika, Osteuropa, Mexiko und dem Nahen Osten.

Hinsichtlich der desaströsen (und zum Teil unklaren) wirtschaftlichen und sozialen Lage sind Investitionen in Rüstung und Waffen grundsätzlich als möglicherweise kritisch zu betrachten. Kriterium acht des gemeinsamen Standpunktes sieht jedoch vor, dass eine Abwägung zwischen, den legitimen Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnisse des Empfängerlandes auf der einen und der wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit

auf der anderen Seite vorzunehmen ist. Angesichts der russischen Aggression hat die Ukraine nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen das legitime und unbestrittene Recht zur Selbstverteidigung. Zentral für die Bewertung von Exporten ist darüber hinaus die Finanzierung der Militärhilfen. Bis dato wurde der überwiegende Teil der deutschen militärischen Hilfen über die sogenannte Ertüchtigungshilfe der Bundesregierung (2023 waren dafür rund 2,2 Milliarden Euro veranschlagt) und die Europäische Friedensfazilität finanziert, oder speiste sich direkt aus Beständen der Bundeswehr. Nur in Ausnahmefällen wurden für die bisher erfolgten Exporten an die Ukraine - in den Worten des gemeinsamen Standpunktes - Arbeitskräfte oder wirtschaftliche Ressourcen der Ukraine aufgewandt, die für die Entwicklung des Landes hätten genutzt werden können. Weitere Exporte sind demnach im Einzelnen danach zu bewerten, ob sie aus anderen Quellen als dem ukrainischen Staatshaushalt finanziert werden.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2021 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Jagd- und Sportwaffen: 77,9% Funkgeräte: 12,5%	2,05
2000	Sport- und Jagdgewehre, Sportpistolen und -revolver: 88,5%	1,56
2001	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile: 87,1%	1,13
2002	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile, Waffenzielgeräte: 70,3% Gepanzerte Geländewagen (Personenschutz) und Munition für Flinten: 21%	1,59
2003	Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile: 84,1% Munition für Jagd- und Sportwaffen, Revolver und Pistolen und Munitionsteile für Jagd- und Sportwaffen: 10,5%	1,93
2004	Sport- und Jagdgewehre, Waffenzielgeräte für Sport- und Jagdwaffen, inkl. Teile: 87,7%	2,30
2005	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 51% Geländewagen und Teile für Radfahrzeuge: 22,9% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver und Pistolen: 15,5%	1,96
2006	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 61,2% Geländewagen: 28,3%	3,68
2007	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 66,1% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 17,5%	3,66
2008	Infrarot-Beobachtungssysteme: 69,9% Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportpistolen und Teile für Maschinengewehre (Deko), Jagdgewehre, Sportgewehre: 19,9%	14,94
2009	Überwachungssysteme und Teile für Überwachungssysteme: 85,2%	15,68
2010	Pistole, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinte, Ladestreifen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 56,2% Geländewagen mit Sonderschutz: 32,0%	3,57
2011	Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, funktionsunfähige Waffen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 50% Geländewagen mit Sonderschutz: 31,9%	3,69
2012	Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Waffenzielgeräte und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 58,1%	4,97

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Pistolen, Revolver, Flinten und Teile für Gewehrmunition, Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Flintenmunition: 19,8% Geländewagen mit Sonderschutz: 12,3%	
2013	Gewehre ohne KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten: 61,8% Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für ballistischen Schutz: 31,4%	4,82
2014	Helme, ballistische Schutzwesten und Einschübe für Schutzwesten: 94,1%	25,40
2015	Stromerzeuger für eine Korvette: 79,9% Multisensorplattform zur Seeüberwachung: 16,3%	5,82
2016	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine, Mündungsbremsen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 70,2% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Flinten und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition: 15%	2,58
2017	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Mündungsbremsen: 47% Atemschutzmasken, Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 43,6%	2,73
2018	Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstlade Flinten, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Rohrmaschinen-Lafetten: 63,7% Container: 20,8%	2,11
2019	Jagdgewehre, Magazine, Rohrmaschinen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 42,9% Container und Teile für Container: 28,6% Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Flinten: 10,4%	2,07
2020	Tauchgeräte, Container und Teile für Tauchgeräte: 40,5% Jagdgewehre, Sportgewehre, Magazine, Schalldämpfer und Teile für Jagdgewehre, Sportpistolen: 25,3% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung: 19,4%	3,50
2021	Jagdgewehre, halbautomatische Jagd-/Sportgewehre, Wechselmagazine, Rohrmaschinen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre: 55,0% Container und Teile für Tauchgeräte: 20,6% Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition, Revolvermunition, Pistolenmunition, Jagdflintenmunition, Sportflintenmunition und Teile für Jagdwaffenmunition, Sportwaffenmunition: 16,5%	2,47
2022	Raketen, Flugkörper, tragbare Luftabwehrsysteme, Panzerabwehrminen, Panzerabwehrrichtminen, Abfeuerausrüstung, sonstige Ausrüstung und Teile für Flugkörper, Abfeuerausrüstung, sonstige Ausrüstung: 38,2 % Gepanzerte Fahrzeuge, Panzerhaubitzen, LKW, Geländefahrzeuge, Landfahrzeuge, Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz und Teile für ballistischen Schutz, gepanzerte Fahrzeuge, Panzerhaubitzen, LKW, Landfahrzeuge: 29,4 %	2.245,3

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
-------------	--------------------------------------------	-------------------

Feuerleiteinrichtungen, Zielerfassungssysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Ortungs-Erkennungs-Identifizierungsvorrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Rohrmaschinenrichtgeräte, Zielerfassungssysteme, Ortungs-Erkennungs-Identifizierungsvorrichtungen: 12,0 %
 Mörser, Panzerabwehrwaffen, Waffenzielgeräte und Teile für Kanonen: 8,7 %

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2022, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2022

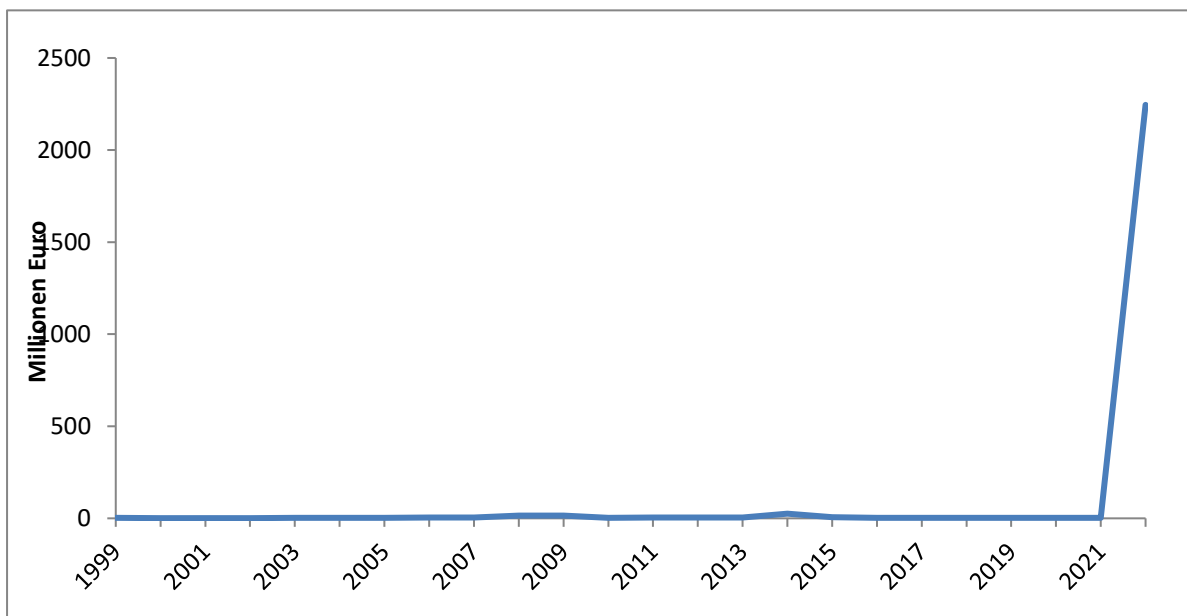


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland in die Ukraine 2000-2022

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
(54)	MTU-881	Dieselmotor	2022	2022	(5)	Für 54 Krab Selbstfahrlafetten aus Polen
15	BPz-2	Bergepanzer	2022	2022	(15)	Gebraucht, Schenkung
16	BrPz-1 Biber	Brückenlegepanzer	2022	2022	3	Gebraucht, Schenkung

LÄNDERBERICHT \ UKRAINE

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
2	Büffel	Bergepanzer	(2022)			Gebraucht, Schenkung
(1)	COBRA	Artillerieortungsradar	2022	2022	(1)	Gebraucht, Schenkung
50	Dingo-2	Gepanzerter Mannschaftstransporter	2022	2022	50	Gebraucht, Schenkung
37	Gepard	Selbstfahrende Luftabwehrgeschütze	2022	2022	30	Gebraucht, Schenkung
(500)	GMLRS	Präzisionsgelenkte Boden-Boden-Raketen	2022	2022	(500)	Gebraucht, Schenkung
4	IRIS-T SL	Bodengestütztes Luftverteidigungssystem	2022	2022	1	Schenkung
(225)	IRIS-T SLM	Boden-Luft-Raketen	2022	2022	(100)	Für IRIS-T SL
14	Leopard-2A6	Hauptkampfpanzer	(2022)			Gebraucht, Schenkung
5	M-270 MLRS 277mm	Selbstfahrender Mehrfachraketenwerfer	2022	2022	(5)	Gebraucht, Schenkung, MARS-2 Version
40	Marder-1A3	Schützenpanzer	2022			Gebraucht, Schenkung
(75)	MIM-104 PAC-2	Boden-Luft-Raketen	(2022)			Gebraucht, Schenkung
1	Patriot Configuration-3	Boden-Luft-Raketensystem	(2022)			Gebraucht, Schenkung
5	PiPz-2 Dachs	Pionierpanzer	2022			Gebraucht, Schenkung
14	PzH-2000 155mm	Selbstfahrendes Artilleriegeschütz	2022	2022	14	Gebraucht, Schenkung
100	PzH-2000 155m	Selbstfahrendes Artilleriegeschütz	(2022)			1,7 Mrd. Euro Geschäft, Vertrag vermutlich noch nicht geschlossen
18	RCH-155	Selbstfahrendes Artilleriegeschütz	2022			Schenkung
500	Stinger	Tragbare Boden-Luft-Raketen	2022	2022	500	Gebraucht, Schenkung
(2700)	Strela-2	Tragbare Boden-Luft-Raketen	2022	2022	(2700)	Gebraucht, Schenkung
2	TRML-4D	Luftsuchradar	(2022)			Gebraucht, Schenkung
255	Vulcano-GLR	Präzisionsgelenkte Artilleriemunition	2022			Schenkung

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für die Ukraine war gering. Hauptsächlich lieferte Deutschland an die Ukraine Jagd- und Sportgewehre sowie entsprechendes Zubehör. Seit 2005 kam es jedoch zu einem Anstieg der Exportvolumina. So lässt sich der Antwort der Bundesregierung (18/863) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion die Linke im März 2014 entnehmen, dass zwischen 2005 und 2012 knapp 1.300 Ausfuhrgenehmigungen für genehmigungspflichtige Rüstungsexporte in die Ukraine im Umfang von rund 52 Millionen Euro erteilt worden sind. Der Anstieg ist dabei insbesondere auf die Jahre 2008 und 2009 zurückzuführen, in denen Infrarotbeobachtungssystemen und allgemeinen Überwachungssystemen geliefert wurden. Berichten des norwegischen Friedensforschungsinstitutes PRIO zufolge hat Deutschland im Jahr 2009 außerdem für ca. eine Mio. Euro Munition für Klein- und Leichtwaffen in die Ukraine exportiert. Laut UN-Waffenregister bezog die Ukraine ebenfalls im Jahr 2008 einen leichten Hubschrauber des Typs Bo-105 aus Deutschland. Bemerkenswerterweise ist dieses Geschäft in den von Deutschland an die Vereinten Nationen gemeldeten Informationen nicht aufgeführt. Den Anstieg der Rüstungsexporte in die Ukraine im Jahr 2014 erklärt die Bundesregierung in ihrem Rüstungsexportbericht von 2014 hauptsächlich durch die Lieferung von Helmen und ballistischen Schutzwesten.

Seit dem 24. Februar 2022 lieferte die deutsche Bundesregierung jedoch Rüstungsgüter und komplette Großwaffensysteme. Zwischen dem 01.01. und dem 12.12.2022 sollen diese einen Wert von mindestens 2,15 Milliarden Euro erreicht haben. Lieferungen entstammen dabei teilweise Bundeswehrbeständen, werden aber auch über Finanzierungen (etwa aus Mitteln der deutschen Ertüchtigungsinitiative sowie der europäischen Peace Facility) direkt von der Industrie geliefert. Für 2023 wurden bisher Zusagen über 5,4 Milliarden Euro und für die folgenden Jahre von 10,5 Milliarden Euro gemacht, die vornehmlich in die militärische Hilfsleistung fließen oder bereits gelieferte Eigenbestände ersetzen sollen. Einen Überblick über die verschiedenen von Deutschland gelieferten Waffensysteme bietet Tabelle 2. Einen vollständigen Überblick über die Lieferungen von letalen und nicht-letalen Militärgütern finden sich auf der [Website der Bundesregierung](#). Hierunter finden sich auch einige nicht von der SIPRI-Datenbank gelistete Lieferungen. Laut dem Rüstungsexportbericht 2022 wurden 232 Genehmigungen im Wert von 2,245 Mrd. Euro genehmigt. Die Kriegswaffenausfuhren beliefen sich demnach auf 566,7 Mio. Euro. Rund 26,9 % aller deutschen Lieferungen sollen demnach auf die Ukraine entfallen.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in die Ukraine 2018-2022, Mio. TIV²

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Summe	70	23	18	39	2644	2794

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

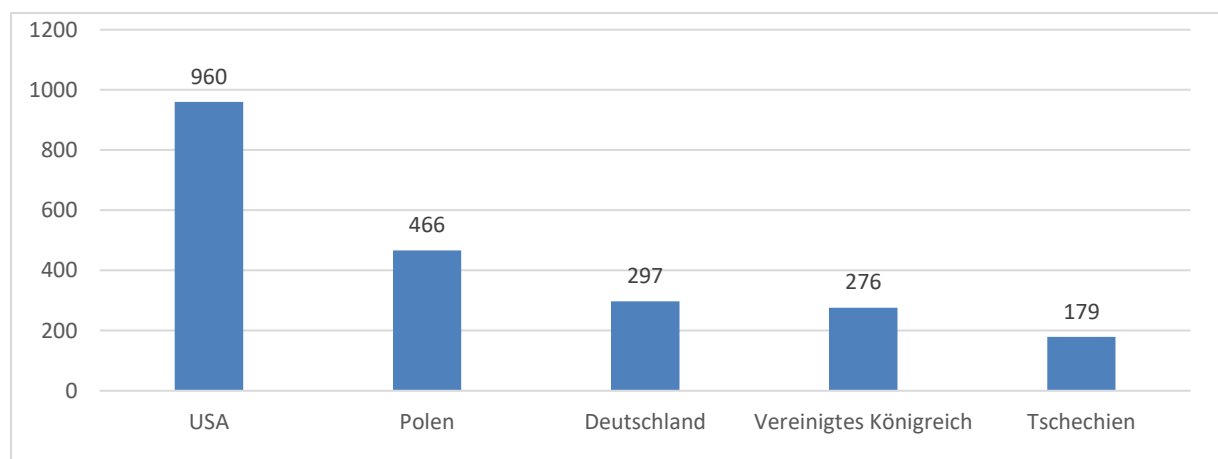
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in die Ukraine 2018-2022, Mio. TIV

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Summe	-	-	-	-	297	297

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2018-2022, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Juni 2023) nahm die Ukraine im Zeitraum von 2018 bis 2022 die 14. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein – von 2017 bis 2021 lag das Land noch an 72. Stelle.

Das Land importierte bis zur russischen Invasion primär Klein- und Leichtwaffen, Munition und technisches Equipment bzw. Komponenten zur Herstellung von Rüstungsgütern und Waffen. Seit der Annexion der Krim durch Russland (2014) und den daraus folgenden Spannungen standen die europäischen NATO-Staaten Waffenlieferungen in die Ukraine zunächst kritisch gegenüber, da dies durch Russland als Provokation aufgefasst werden könnte. Unterstützung erhielt der ukrainische Staat daher vor allem durch die USA, die der Ukraine Hilfe bei der Ausrüstung und Ausbildung von Polizei und Militär zusagten und zudem die Präsenz der US-Truppen in Osteuropa erweiterten. Im Januar 2016 vereinbarten der damalige Präsident Poroschenko und der damalige US-Vizepräsident Joe Biden bei einem Treffen in Davos eine Aktivierung der militärtechnischen Zusammenarbeit. Auch Hilfe seitens der NATO wurde erbeten. So wurde im Frühjahr 2015 bekannt, dass das ukrainische Militär dann doch mit Hilfe der NATO modernisiert und die Kooperation mit NATO-Truppen ausgebaut werden sollte.

Seit 2022 lieferten 29 Staaten in großem Umfang Rüstungsgüter und Waffensysteme. Während die Lieferungen von 2018 bis 2021 zusammengenommen rund 150 Millionen TIV entsprachen, lagen die Lieferungen allein im Jahr 2022 bei 2644 Millionen TIV. Seit der Eskalation zu einem flächendeckenden Krieg wurden somit rund 20-mal mehr Waffen geliefert als in den vier vorangegangenen Jahren zusammen.

Hauptlieferant waren mit Abstand – wie auch bereits vor dem Kriegsausbruch – die **USA**, die rund ein Drittel der gesamten Güter lieferten oder entsprechende Zusagen gemacht haben. Darunter befanden sich im Jahr 2022 rund

1.925 gepanzerte Mannschaftstransporter diverser Typen,

10.890 Panzerabwehr- und

9.170 weitere Raketen (1.650 tragbare Boden-Luft-Raketen vom Typ Stinger, 7.100 präzisionsgelenkte Raketen (GMLRS) für HIMARS-Raketenwerfer, sowie insgesamt 350 weitere Boden-Luft- und Luft-Luft-Raketen sowie 70 Anti-Radar-Raketen),

72 selbstfahrende Geschütze vom Typ L-118,

31 M-1A1 Abrams Kampfpanzer,

109 Schützenpanzer vom Typ M-2A3 Bradley, 30 Munitions-Versorgungsfahrzeuge (M-992 FAASV),

acht Bergepanzer (M-88A2 Hercules),

142 gezogene Geschütze (UFH/M-777),

15 ScanEagle-Drohnen,

1.802 Loitering Munitions (Phoenix Ghost) sowie eine unbekannte Anzahl an Switchblade-600,

20 Transporthelikopter von Typ Mi-8MT/Mi-17,

30 120mm Mörser (K-6),
83 Radarsysteme sowie
ein Patriot Configuration-3 Luftabwehrsystem.

Hinzu kommen außerdem 5.800 Stück gelenkte Artilleriemunition sowie eine unbekannte Anzahl gelenkter Bomben, weitere selbstfahrende Geschütze, 50 Fahrzeugmotoren und jeweils acht Patrouillenschiffe (Mk-VI) und mobile Luftverteidigungssysteme (Avenger). Ein großer Teil dieser Lieferungen sind gebrauchte Güter und wurden als Schenkung übergeben oder werden teilweise auch von anderen Staaten finanziert.

Polen lieferte oder sicherte eine Lieferung von

324 Panzern (14 Leopard-2A4, 20 PT-91M und 290 T-72M1),
80 Schützenpanzern vom Typ BMP-1,
72 selbstfahrenden Geschützen vom Typ Krab 155mm,
1.000 tragbaren Boden-Luft-Raketen (Piorun) sowie
150 Loitering Munition vom Typ Warmate

zu.

Auch hiervon ist ein Großteil als Schenkung übergeben worden oder wird teilweise durch EU-Mittel finanziert.

Das **Vereinigte Königreich** lieferte oder sicherte

194 gepanzerte Mannschaftstransporter verschiedener Typen,
11.010 verschiedener Arten von Raketen (davon 7.100 tragbare zur Panzerabwehr und 820 GMLRS für HIMARS-Raketenwerfer),
drei Transporthelikopter,
60 gezogene (L-118 105mm) und 30 selbstfahrende (AS 90B Mallet) Geschütze,
je sechs selbstfahrende Mehrfachraketenwerfer (M-270) und mobile Boden-Luft-Raketenwerfer (Stormer HVM) sowie
14 Challenger-2 Kampfpanzer,
zwei (Bergepanzer Challenger ARRV),
zwei Minensuchboote (Sandown) und
zwei Artillerieortungsradare zu.

Auch hiervon ist ein Großteil gebraucht und wurde als Schenkung übergeben.

Tschechien lieferte oder sicherte im Jahr 2022 eine Lieferung von

41 Panzern (T-72M1),
101 Schützenpanzer (BMP-1),

je 20 selbstfahrenden Geschützen (DANA 152mm) und selbstfahrenden Mehrfachraketenwerfern (RM-70 Vampire),

sechs One 150 Drohnen und

mindestens zwei Kampfhelikoptern (Mi-24V/Mi-35) zu.

Auch hier ist ein großer Teil aus eigenen Beständen und wurde somit gebraucht geschenkt oder von Drittländern finanziert.

Die hier genannten Lieferungen entsprechen rund 67 Prozent aller von der SIPRI-Datenbank erfassten Lieferungen des Jahres 2022. Die nächstgrößeren Geberländer waren die Türkei, Frankreich, die Slowakei, Norwegen und Slowenien.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

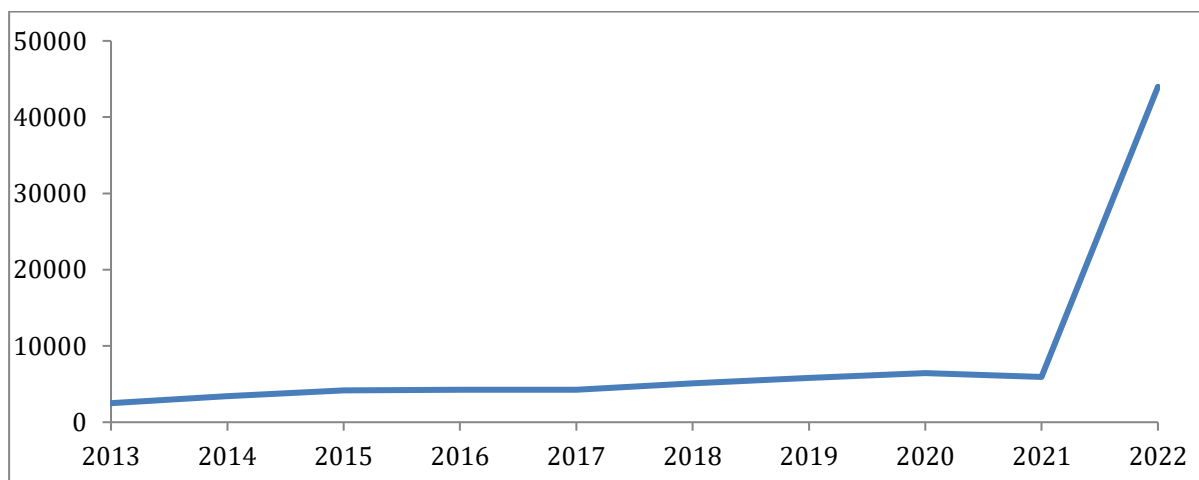
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	5087,4	5811,1	6455,9	5942,8	43983,2
Anteil am BIP (in Prozent)	3,2	3,5	3,8	3,2	33,55
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	7,6	8,5	8,3	7,3	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

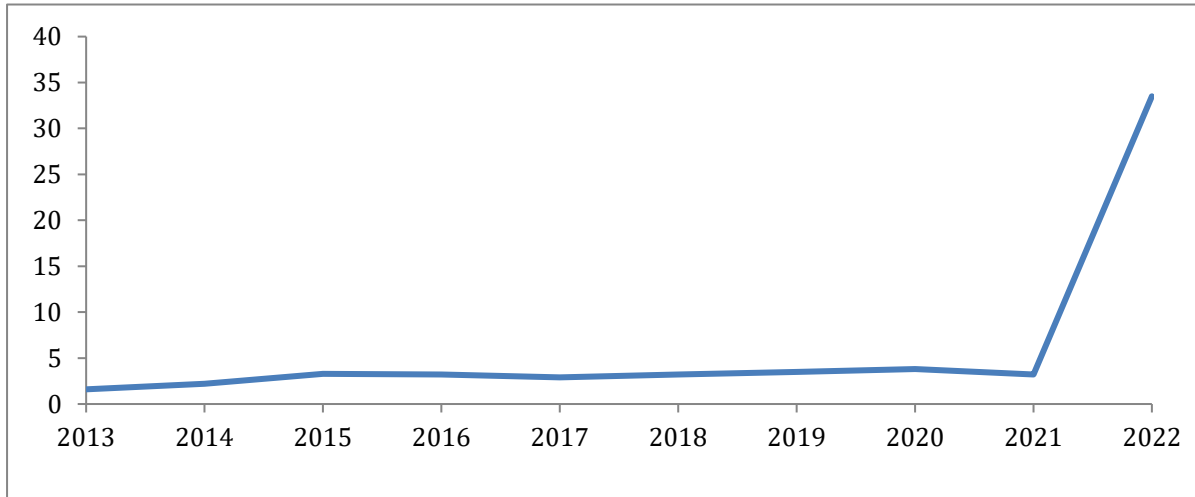
Absolute Militärausgaben, Trend 2013 – 2022 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2021.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4
Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2013 – 2022 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die Ukraine verfügte schon zur Zeit der Sowjetunion über eine beträchtliche Rüstungsindustrie. Mit der Unabhängigkeit der Ukraine erbt das Land etwa 25 bis 30 Prozent der gesamten sowjetischen Rüstungsindustrie. Neben selbst produzierten Rüstungsgütern und Waffen belieferte die Ukraine eine Reihe von Staaten mit alten sowjetischen Waffen, insbesondere Länder in Afrika und Asien.

Im Jahr 2008 verabschiedete die Regierung eine Strategie zur Entwicklung der Rüstungsindustrie mit dem Ziel, erneut eigene komplette Produktionsketten für einige Waffensysteme aufzubauen. Damit wollte sie der Importabhängigkeit der Rüstungsindustrie begegnen. Auch wenn die ukrainische Rüstungsindustrie einige strukturelle Defizite durch technologischen Rückstand sowie wenig stringente Produktions-, Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen aufweist, blieb gerade das Exportgeschäft lange ein wichtiger Stützpfeiler für einige Unternehmen. So profitierten bis zu dem aktuellen Krieg ca. 40 Betriebe direkt vom Exportgeschäft. Rund 250 andere konnten dadurch hingegen kaum wirtschaftliche Fortschritte verbuchen. Auch die hohe Nachfrage der eigenen Armee, die auf eine gut aufgestellte heimische Rüstungsindustrie angewiesen war, um ihre Nachfrage zu decken, trieb die Rüstungsproduktion an.

Ein weiteres Charakteristikum der ukrainischen Rüstungsindustrie war ihre enge Verknüpfung mit Russland, von dessen Zulieferungen sie weitgehend abhängig war. Aus diesem Grund hat selbst die proeuropäische Ausrichtung Kiews in den Jahren der orangenen Revolution an der intensiven russisch-ukrainischen Kooperation im militärisch-techni-

schen Bereich nichts geändert. Seit der Annexion der Krim durch Russland und den Konflikten in der Ostukraine brach die Rüstungskoooperation, die rund die Hälfte der ukrainischen Rüstungsexporte ausmachte, jedoch weitestgehend zusammen. So startete Russland ein groß angelegtes Programm, um ukrainische Produkte zu ersetzen. Bereits angelaufene Projekte wurden zum Teil zwar offiziell noch fortgeführt, jedoch wurden diese zumeist faktisch gestoppt oder verzögert, was auch durch die Suche nach alternativen Kooperationspartnern durch die Ukraine unterstrichen wurde. Im Osten der Ukraine befinden sich zudem einige der bedeutendsten Zuliefererbetriebe der russischen Rüstungsindustrie. Zwar stoppte die staatliche Rüstungsgesellschaft Ukroboronprom nach der Annexion der Krim sämtliche Lieferungen nach Russland, private Unternehmen aus der Ukraine sollen teilweise aber weiterhin die russische Armee beliefert haben.

Ukrainische Rüstungsfirmen konnten sich regelmäßig große Aufträge weltweit sichern. Dabei umfassten die Geschäfte neben der Lieferung von Militärgütern und -technik aus Arsenalen der ukrainischen Streitkräfte auch die Lieferungen von Teilen zur Endproduktion im jeweiligen Empfängerland sowie Wartungs- und Modernisierungsarbeiten. Rüstungsexporte fallen laut Verfassung ins Aufgabenfeld des Staatsoberhauptes und gelten damit als Handlungsfeld innerhalb der Außenpolitik. Berichte legen nahe, dass die Ukraine über Moldawien Waffen an Armenien verkauft hat. Sowohl die ukrainische als auch armenische Regierung dementierten diese Meldung jedoch.

Im Oktober 2013 gab der im Jahr 2010 gegründete ukrainische Konzern Ukroboronprom den Beginn eines großangelegten Restrukturierungsprogramms bekannt, wodurch zumindest ein Teil der Missstände innerhalb der ukrainischen Rüstungsindustrie behoben werden sollte. Ziel ist es, den gesamten Prozess von der Entwicklung über die Produktion bis hin zum endgültigen Vertrieb staatlich zu steuern. Dadurch sollte die ukrainische Rüstungsindustrie auch für gemeinsame Projekte mit anderen Staaten gestärkt werden. Der Umstrukturierungsprozess dauert noch an. Ukroboronprom wurde 2021 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und im März 2023 zu „Ukrainian Defense Industry“ umbenannt. Der Konzern umfasste laut [Jahresbericht](#) 2020 137 Unternehmen und beschäftigte etwa 66.000 Mitarbeiter:innen. Die Tochterunternehmen betätigen sich in den Bereichen der Luftfahrt, im Schiffs- und Panzerbau, im Bereich der Kommunikationstechnologie, Munitions- und Chemieproduktion sowie im Bereich der Hochpräzisionswaffen. 21 Unternehmen befanden sich bereits im Jahr 2020 in den durch Russland besetzten Gebieten – derzeit dürften es daher nochmals einige Unternehmen mehr sein. Größtes Unternehmen des Konzerns war bislang die Tochtergesellschaft Ukrspetseksport, welche den Im- und Export koordiniert.

Insgesamt sind etwa 90 Prozent der ukrainischen Rüstungsbetriebe Staatseigentum. Unklare Eigentumsverhältnisse (verschiedene Ministerien) und das Fehlen eines zentralen Koordinationsgremiums hatte jedoch erhebliche negative Einflüsse auf die Entwicklungs- und Produktionsfähigkeiten. Im Jahr 2020 Versuchte daher die Regierung mit der Gründung des „Ministeriums für strategische Industrien“ die Koordination des Restrukturierungsprozesses zu verbessern. Seitdem wird Ukroboronprom nicht mehr direkt vom Kabinett, sondern dem genannten Ministerium verwaltet.

Zudem wurde im Dezember 2014 bekannt, dass aufgrund der Konflikte mit Russland und dem daraus folgenden Ende jeglicher Kooperation ca. 30.000 russische Produkte ersetzt werden mussten. 2019 war Ukroboronprom daher bspw. noch immer nicht in der Lage, den T-84 Oplot-Panzer zu liefern. Seit 2022 wurde der Panzer jedoch überarbeitet

und die Komponenten konnten ersetzt werden. Als Reaktion wurden Rüstungsexporte durch Ukrspetseksport 2014 unterbrochen, auch um sich primär auf die nationale Versorgung mit Militärgütern zu konzentrieren.

Auf die Invasion wurde seitens der Industrie mit einer Dezentralisierung reagiert. Produktionsanlagen, die verlegt werden konnten, sollen über dem ukrainischen Territorium und Nachbarländer verteilt worden sein, was die Logistik und damit die Kosten der Güter jedoch verteuerte. Zudem mussten vermehrt wieder Güter hergestellt werden (wie Munitionstypen), die seit 20 bis 30 Jahren nicht mehr produziert worden.

Nach Aussagen aus dem Berater:innenkreis des ukrainischen Präsidenten soll die ukrainische Rüstungsindustrie zu Beginn der russischen Invasion zugleich unter Beschuss genommen und zu großen Teilen zerstört worden sein. Eine unabhängige Einschätzung hierüber ist bislang allerdings nicht zugänglich. Medienberichten zufolge sollen Mitarbeiter des Staatskonzerns Ukroboronprom aber teilweise in Werken tschechischer Rüstungsunternehmen eingesetzt werden. 2023 kündigte zudem Rheinmetall an, ein Joint Venture mit dem Unternehmen einzugehen und künftig Kampfpanzer des Typs Panther in der Ukraine zu produzieren und zu warten. Das Unternehmen soll ab Mitte Juli 2023 seine Arbeit aufnehmen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Heer, Luftwaffe 18 Monate; Marine 2 Jahre. Ab einem Alter von 20 Jahren.

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

688.000 aktiv, davon:

Heer: 250.000

Marine: 13.000

Luftwaffe: 37.000

Luftlandetruppen: 30.000

Spezialeinheiten: 3.000

Territoriale Verteidigung: 350.000

Reserve: 400.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 250.000, davon:

Nationalgarde: ca. 90.000

Grenzschutz: ca. 60.000

Nationalpolizei: 100.000

Quelle: IISS Military Balance 2023

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2014–2022

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	121,5	204	204	204	209	209	209	196,6	688
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	2,7	4,5	4,5	4,6	4,7	4,7	4,7	4,5	18,1

Quellen: IISS Military Balance, 2015-2023, World Bank

Kommentar

Nach der Unabhängigkeit der Ukraine im Zuge der Auflösung der Sowjetunion wurde die Notwendigkeit eines Umbaus der ukrainischen Streitkräfte deutlich. So waren die ukrainischen Streitkräfte, ähnlich wie andere Armeen in Nachbarländern, von einem Missverhältnis zwischen der Anzahl hoher Offizier:innen und Mannschaften geprägt. Im Jahr 2004 etwa kamen auf eine:n Offizier:in 2,6 Mannschaftsdienstgrade, während das Verhältnis in modernen Armeen etwa das Doppelte beträgt. Professionalisierung und Effizienzsteigerung waren ein zentrales Ziel der Militärreform und des Umbaus der Streitkräfte. Aus diesem Grund wurde eine Phase der Transformation eingeleitet, welche eine Reduzierung der Stärke der Streitkräfte von 200.000 auf etwa 130.000 Soldat:innen vorsah. Doch auch wenn in vielen Bereichen der Versuch unternommen wurde, westliche bzw. NATO-Standards zu etablieren, war das strukturelle Erbe der Sowjetunion allgegenwärtig. Eine umfassende und weitreichende Reform wurde dadurch erheblich erschwert. 2021 konnten mit einer neuen „Military Security Strategy“, in welcher der Interoperabilität mit der NATO höchste Priorität eingeräumt wurde, jedoch einige Reformationen umgesetzt werden. So etwa die Trennung der Posten des Generalstabschefs von dem des:der Oberbefehlshaber:in und die Schaffung mehrerer neuer Kommandos (wie etwa eines Joint Forces Command). Im Jahr 2020 wurden bereits zudem drei neue Reservekomponenten geschaffen (eine operative, eine Mobilisierungs- und eine zivile Reserve).

Die Verkleinerung der Streitkräfte wurde in Folge des militärischen Einsatzes im Osten des Landes seit Frühjahr 2014 vorerst gestoppt und die Wehrpflicht wieder eingeführt (seit 2015 jedoch ab 20 anstatt 18 Jahren). Der Staat hatte bis zur Invasion durch Russland am 24. Februar 2022 jedoch erhebliche Probleme bei der Rekrutierung von Streitkräften, trotz ausgeweiteten Werbekampagnen und Gesetzesänderungen, z. B. bezüglich Ausreisebedingungen für Wehrpflichtige. Mit der allgemeinen Mobilisierung wurde die Ausreise für 18 bis 60-jährige Männer verboten und Frauen im gleichen Alter, die bestimmte Berufe ausüben, mussten sich ebenfalls zum Militärdienst melden.

In den letzten Jahren war eine hohe Verlustquote (insbesondere bzgl. der Ausstattung der Marine und der Luftwaffe) aufgrund von Alterung zu verzeichnen. Ein 10-Jahres-Beschaffungsplan sah daher speziell die Verbesserung der Luft- und Seekapazitäten (etwa durch den Erwerb von britischen Minenjägern, türkischen Korvetten und westlichen Kampfflugzeugen) vor. Besonderes Augenmerk lag hierbei auf Spezialeinheiten, Artillerie, Raketensystemen und Luftverteidigungssystemen. Seit der Invasion wurde die zu großen

Anteilen mit veralteten Waffensystemen ausgestatteten Streitkräfte jedoch um eine Vielzahl moderner Systeme ergänzt. Zu diesen lieferten die verbündeten Länder auch Ausbildung; sowohl an den Geräten als auch an Grundausbildung und Kampf- und Führungsfähigkeiten.

Da die Ukraine derzeit Lieferungen aus sehr vielen verschiedenen Ländern erhält sind die genutzten Systeme sehr vielfältig. Die vom IISS herausgegebenen Daten zu Ausrüstung und Streitkräften sind aufgrund der volatilen Situation also mit Vorsicht zu genießen.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	953	
Schützenpanzer	770	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	1.159	
Aufklärer	200	
Gepanzerte Mehrzweckfahrzeuge	95	
Bergepanzer	Mehr als 10	
Brückenlegepanzer	17	
Pionierpanzer	40	
Artillerie	1.536	512 selbstfahrende und 493 gezogene Artilleriegeräte, 231 Mehrfachraketenwerfer und 300 Mörser
Panzerabwehr	Mehr als 200	Anzahl der Geschütze, zusätzlich Raketen und Panzerabwehrlenkwaffensysteme (u. a. AT-4 Spigot; AT-6 Spiral, FGM-148 Javelin)
Luftabwehr	Mehr als 81	Anzahl der Flugabwehrraketen; zusätzlich einige Geschütze (u. a. ZSU-23-4 Shilka, S-60)
Kampfhubschrauber	Ca. 35	
Transporthubschrauber	Ca. 15	
Loitering Munitions	Einige	
Raketen	Einige	SS-21 Scarab, zusätzlich einige Luft-Luft-, Luft-Boden- und Boden-Luft-Raketen (<i>Barrier-V</i>)

Quelle: IISS Military Balance 2023

Kommentar

Die ukrainische Armee war zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1991 größtenteils mit alten sowjetischen Rüstungsgütern und Kriegsgerät ausgestattet. Umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Kampfwertsteigerungen seit den 1990er Jahren haben jedoch die Qualität des Geräts verbessern können. Die dazu nötige Technik kam überwiegend aus ukrainischer und russischer Produktion. Geplant war die Modernisierung bzw. der Austausch der überwiegend vorhandenen T-72 Panzer mit moderneren T-84 Panzern. Ende 2014 gab die Regierung bekannt, dass sie Gespräche mit Polen führe, in denen es außerdem um einen Ersatz für die schwimmfähigen BMP-1-Schützenpanzer ging. Zwischen 2018 und 2020 lieferte Tschechien hiervon 87 gebrauchte Modelle. Im Juli 2015 erhielt das ukrainische Militär acht modernisierte T-80 Kampfpanzer, die in der Ostukraine eingesetzt werden sollten. In den Jahren 2017 und 2019 lieferte das staatseigenen Unternehmen UkrOboronProm überdies eine unbestimmte Anzahl modernisierter T-80 Panzer an die eigenen Streitkräfte. Die Armeeführung gab 2019 außerdem bekannt, dass die Aufrüstung einiger T-80 Panzer auf den T-84-Standard im gleichen Jahr begonnen werden sollte, was sich aufgrund fehlender russischer Komponenten jedoch als problematisch erwies.

Im Vergleich zu den anderen Teilstreitkräften wird das Heer bei der Entwicklung neuer Waffensysteme bevorzugt, um es an die Anforderungen moderner Kriegsführung anpassen zu können. Um das Ziel der Anschlussfähigkeit an und Interoperationalität mit anderen NATO-Streitkräften zu erreichen, steigerte die Regierung die Militärausgaben in den letzten zehn Jahren um rund 200 Prozent.

Im Januar 2016 vereinbarten der damalige Präsident Poroschenko und der damalige US-Vizepräsident Joe Biden bei einem Treffen in Davos eine Verstärkung der militärtechnischen Zusammenarbeit. Seit Beginn der Kämpfe in der Ostukraine haben die USA verstärkt militärisches Equipment und Waffensysteme in die Ukraine geliefert (2014 bis 2021 rund 2,7 Mrd. US-Dollar). Im Jahr 2022 sollen die USA zudem [Militärhilfe](#) im Wert 38 Milliarden Dollar geleistet (oder zugesichert) haben. Mit der Invasion begannen aber auch fast 30 weitere Staaten Waffen, Munition und Rüstungsgüter zu liefern (siehe Kommentar zu den Waffenkäufen).

Im Vergleich zum Vorjahr verloren die ukrainischen Landstreitkräfte nach Angaben des IISS rund 1.050 schwere Panzer. Die Zahl der aktiven schweren Panzer liegt damit bei rund 950. Die Zahl der Schützenpanzer verringerte sich um rund 440, die Zahl der Mannschaftstransporter verdoppelte sich dagegen annähernd (von 622 auf 1.159). Die Zahl der Aufklärungsfahrzeuge wurde mehr als halbiert (von 547 auf 200) und die Anzahl der Artilleriegeräte verringerte sich von 1.901 auf 1.536.

Das Open Source Intelligence Network Oryx, welche Verluste von schweren Waffen über online verfügbare Bilder dokumentiert, bietet einen guten Überblick über [Verluste](#) sowie über (geplante) [Lieferungen](#) schwerer Waffen an die Ukraine.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	13	Einige weitere sind seit der Krim-Annexion in russischem Besitz
Logistik und Unterstützung	8	

Quelle: IISS Military Balance 2023

Box 2**Weitere Marineeinheiten***Marineflieger:*

2 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr (zurzeit nicht einsatzfähig)

2 Transportflugzeuge (eingelagert)

Mehr als 7 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

1 Transporthubschrauber

1 Ausbildungshubschrauber

Mehr als 1 Drohne (kampffähig)

Marineinfanterie:

Einige schwere Panzer

Einige Schützenpanzer

Mehr als 40 gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige Artilleriegeschütze

Einige Panzerabwehrgeschütze

Einige Luftabwehrgeschütze

Küstenschutz:

Einige Artilleriegeschütze

Einige Küstenabwehrraketen

Quelle: IISS Military Balance 2023

Kommentar

Die ukrainische Marine ist mit Abstand die kleinste Teilstreitkraft innerhalb der Armee. Sie hat ihre Einsatzbereitschaft sowohl bei der Küstenverteidigung, bei Unterstützungsaufgaben und bei Kampfeinsätzen im Rahmen multinationaler und NATO-geführter Missionen begrenzt demonstriert. Viele Schiffe sind jedoch aufgrund ihres allgemein schlechten Zustands kaum zu nutzen. Wie beim Heer stammt auch bei der Marine die Ausrüstung größtenteils aus Zeiten der Sowjetunion; die meisten Schiffe wurden in den 1970er und 1980er Jahren gebaut, einige wenige Schiffe gar in den 1990er Jahren. Bereits ein Bericht über den technischen Zustand der Schiffe aus dem Jahr 2005 kam zu dem

Schluss, dass fast alle generalüberholt und modernisiert werden müssten. Seither gab es nur eine relativ überschaubare Anzahl an Neuanschaffungen, wie eine 2009 beschaffte Korvette und fünf gebrauchte Patrouillenboote, welche durch die USA geliefert wurden. Weitere Lieferungen, waren für 2022 geplant, stehen nach aktuellem Stand (Juni 2022) noch aus; so etwa modernisierte Patrouillenboote aus Frankreich und aus den USA sowie zwei bis vier MilGem-Fregatten aus der Türkei. Zwei Sandown Minenspürboote wurden 2022 aus dem Vereinigten Königreich geliefert.

Im Zuge der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 wurde ein großer Teil der Ausstattung der ukrainischen Marine durch russische Truppen beschlagnahmt, darunter unter anderem 20-25 Schiffe. Nur einige dieser beschlagnahmten Schiffe wurden später zurückgegeben. Generell legte die Annexion der Krim die Schwäche der ukrainischen Streitkräfte offen. Das Schwarze Meer spielt eine wichtige geostrategische Rolle für die Ukraine. Dennoch verfügte das Land weder über die nötigen Seestreitkräfte noch über eine kohärente Strategie, um den Küstenschutz gewährleisten zu können.

Pläne der Regierung die Marine zu stärken, sehen vor langfristig Schiffe für die Flotten im eigenen Land zu produzieren und mit modernerer Technik aus dem Ausland auszustatten, um sie damit auf NATO-Standard zu bringen. Zusätzlich bestellte die Regierung 20 FPB-98 Patrouillenbooten aus Frankreich, die zwischen 2021 und 2024 geliefert werden sollen. Im Jahr 2020 genehmigte das US-Außenministerium zudem den Verkauf von 16 Mark VI Patrouillenbooten im Wert von 600 Millionen US-Dollar. Dieser umfasst neben besagten Booten auch verschiedene Waffen, Sensoren und Kommunikationsgeräte für diese. Im Dezember 2020 gab die Regierung zudem ein Vertrag über einen Technologietransfer bzgl. Drohnen und den Kauf von bis zu vier Tarnkappen-Korvetten mit der Türkei bekannt, welche teilweise in der Ukraine gefertigt werden sollen. Der kolportierte Umfang des Geschäfts liegt bei bis zu einer Milliarde US-Dollar.

Derzeit ist jedoch unklar, ob die genannten Vorhaben nicht gegenüber Beschaffungen für andere Teilstreitkräfte zurückgestellt werden müssen. Im Vergleich zum Vorjahr stehen den Seestreitkräften laut IISS wohl keine Fregatte, keine Korvette, kein Minenboot und keine amphibischen Fahrzeuge mehr zur Verfügung, von welchen sie jeweils ein bis zwei besessen hatte.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	Ca. 50	
Kampfflugzeuge	Ca. 20	
Aufklärungsflugzeuge	12	Davon ca. 9 kampffähig
Ausbildungsflugzeuge	Ca. 31	
Transportflugzeuge	26	
Hubschrauber (Command & Control)	Ca. 14	
Mehrzweckhubschrauber	Ca. 25	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Transporthubschrauber	25	
Luftabwehr	271	
Raketen	Einige	u. a. AA-10A Alamo, AA-11A Archer
Drohnen	Einige	u. a. kampffähige (Bayraktar TB2)

Quelle: IISS Military Balance 2023

Box 3

Weitere Luftwaffeneinheiten

Airborne Assault Troops:

Einige schwere Panzer

Einige Schützenpanzer

Mehr als 166 gepanzerte Mannschaftstransporter

70 Luftlandeschützenpanzer

Mehr als 56 Pionierpanzer

Einige Panzerabwehrraketen

Einige Artilleriegeschütze

Einige Luftabwehrgeschütze und -raketen

Quelle: IISS Military Balance 2023

Kommentar

Wie auch die anderen Teilstreitkräfte verfügte die Luftwaffe über größtenteils ehemaliges sowjetisches Kriegsgerät. Die Modernisierung eines Teils der Luftwaffe wurde von einem stetigen Abbau der allgemeinen Kapazitäten begleitet. Über die genaue Anzahl der Flugzeuge gibt es unterschiedliche Angaben. Frühere Berichte gingen von etwa 800 Flugzeugen aus. Im Jahr 2006 begannen umfangreiche Maßnahmen, alte Flugzeuge außer Betrieb zu nehmen und mit den freigesetzten Ressourcen durch Einsparungen bei Instandhaltung die Luftabwehr und die Kommunikationsausrüstung zu modernisieren. Bereits ein Jahr zuvor verabschiedete die Regierung einen Plan, die veraltete Flotte der Kampfflugzeuge mit neueren Modellen zu ersetzen oder ein neues eigenes Kampfflugzeug zu entwickeln. 2021 befanden sich etwa 124 kampffähige Flugzeuge im Einsatz – aktuell (Stand: 2023) sollen es noch rund 79 sein.

Seit 2014 hat die ukrainische Luftwaffe mehrere Flugzeuge und Hubschrauber in den Kämpfen im Donbass verloren. Von Frankreich erhielt die Ukraine zwischen 2018 und 2019 12 EC725 Super Cougar und 2021 wurde eine Kooperation mit den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Entwicklung von Raketensystemen, Flugzeugtriebwerken und Drohnen vereinbart. Seit der Invasion reduzierte sich der Bestand der kampffähigen Flugzeuge sowie der Transport- und Luftabwehrkapazitäten. So stehen den Luftstreitkräften laut IISS keine Abfangjäger mehr zu Verfügung (vorher etwa 14) und die Zahl der Jagdbomber und der Kampfflugzeuge reduzierte sich von etwa 70 auf etwa 50 bzw. etwa 31 auf etwa 20. Derzeit wird die Lieferung von Kampfflugzeugen durch westliche Verbündete viel diskutiert. Entgegen den IISS-Daten sollen die ukrainischen Streitkräfte aber fünf

Abfangjägerbrigaden unterhalten (zwei SU-27 und drei MiG-29 Brigaden). Diese wurden womöglich teilweise mit aus Polen und der Slowakei gelieferten Flugzeugen ausgestattet – weitere Lieferungen aus beiden Ländern stehen noch aus. Eine Brigade hält dabei normalerweise rund 36 Maschinen – derzeit soll die Ukraine über insgesamt 69 verfügen.

Box 4

Paramilitärische Einheiten

Nationalgarde:

Einige schwere Panzer

Einige Schützenpanzer

Einige gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige Panzerabwehrraketen, Artillerie- und Luftabwehrgeschütze und -raketen

24 Transportflugzeuge

14 Transporthubschrauber

Grenzschutz:

Einige gepanzerte Mannschaftstransporter

Maritimer Grenzschutz:

21 Patrouillenboote

1 Logistik- und Unterstützungsschiff

Einige Transportflugzeuge

Einige Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

Quelle: IISS Military Balance 2023

Box 5

Peacekeeping

Serbien (KFOR): 40 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2023

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Zu Sowjetzeiten galt das Militär als „Verteidiger der Nation“ und war als fester Bestandteil in die Gesellschaft integriert. Nach dem Ende des Kalten Krieges und mit der Unabhängigkeit der Ukraine kam es zu umfassenden und weitreichenden finanziellen Kürzungen, wodurch sich viele Soldat:innen mit einer völlig neuen sozialen Realität konfrontiert sahen. Der Staat stand vor der Aufgabe, die ehemaligen sowjetischen Truppen in eine ukrainische Armee umzubauen, die in Einklang mit dem neuen demokratischen Staat und der Gesellschaft stehen sollte. Mit der Reform war stets das Ziel verbunden, die Armee als tragende Säule beim Aufbau des Staates zu nutzen. Damit einhergehen sollte innerhalb der Gesellschaft ein besseres Verständnis für die Aufgaben des Militärs geschaffen und

seine Akzeptanz, die durch einen zeitweisen Prestige- und Autoritätsverlust stark eingeschränkt war, erhöht werden. Erschwert wurde dieses Anliegen durch soziale Probleme, wie ein zu niedriger Sold, sowie die desolante Wohnungslage für viele Militärangehörige und ihre Familien. Bis Anfang 2008 hatten immer noch mehr als 50.000 Militärs keine Wohnung. Für die Folgen dieser Missstände, wie Alkoholismus, Befehlsverweigerung oder Korruption, hat die politische Führung noch keine umfassende Lösung gefunden.

Ein kontrovers diskutiertes Thema innerhalb des Landes war lange Zeit die Wehrpflicht. Innerhalb der Gesellschaft herrschte die Ansicht, dass die Armee die Soldat:innen nicht ausreichend trainiert und ausbildet, bedingt durch die chronische Unterfinanzierung der Streitkräfte. Doch nicht nur die schlechte Bezahlung hielt viele junge Leute davon ab, sich freiwillig zum Dienst zu melden. Viele Ukrainer:innen sahen das Militär nicht mehr als Institution, die Werte und „patriotische Pflichten“ vermittelt. Die Wehrpflicht wurde deshalb 2013 abgeschafft, in Folge des militärischen Einsatzes im Osten des Landes seit Frühjahr 2014 jedoch wieder eingeführt. Der Staat hatte, trotz ausgeweiteten Werbekampagnen und Gesetzesänderungen (z. B. bzgl. Ausreisebedingungen für Wehrpflichtige), bis zuletzt jedoch erhebliche Probleme bei der Rekrutierung von Streitkräften.

Dies änderte sich mit dem Einmarsch russischer Truppen im Februar 2022 zunächst dramatisch, da sich in den ersten Kriegswochen tausende Ukrainer:innen freiwillig zur Landesverteidigung in den Streitkräften bzw. den Kräften der Territorialverteidigung meldeten und die Regierung ein Ausreiseverbot für Männer zwischen 18 und 60 Jahren verhängte und diese nach Bedarf einzog. Eine flächendeckende gesellschaftliche Mobilisierung blieb, trotz der Ausrufung der allgemeinen Mobilisierung, bisher aus. Mit einer schwindenden Bereitwilligkeit und zunehmenden Mobilisierungsproblemen wird es aber wahrscheinlicher, dass wehrfähige Personen eine Vorladung erhalten und Zwangsmobilisierung zunehmen werden. So schloss der ukrainische Geheimdienst zuletzt mehrere Telegramm-Kanäle und verhaftete ihre Betreiber:innen, die über Möglichkeiten zur Umgehung der Rekrutierung informierten. Kriegsdienstverweigerern droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren. Einige Tausend Männer versuchten bereits das Land, teilweise mithilfe von Schlepper:innen, zu verlassen.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2017	2018	2019	2020	2021
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	2,9	3,3	3,6	3,7	3,2

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e9geda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

In der Ukraine existieren neben dem Militär zahlreiche weitere Sicherheitskräfte, die hauptsächlich für die interne Sicherheit verantwortlich sind. Die zivile Polizei (genannt „militsiya“) ist dem Innenministerium unterstellt und umfasst verschiedene Einheiten: Die Kriminalpolizei, „Public Safety Police“, Transportpolizei, Spezialeinheiten der Polizei sowie „State Protection Service“. In der Vergangenheit gab es immer wieder Versuche, die Polizei zu reformieren und einen Bruch mit den sowjetischen Strukturen und Traditionen zu erreichen. Dies ist nicht gelungen und die Polizei bleibt damit in weiten Teilen eine der Institutionen im Land, die sich einem Wandel resistent widersetzt. Internationale Menschenrechtsgruppen forderten vor der Fußball-Europameisterschaft 2012 eine umfassende Polizeireform, um Polizist:innen in Zukunft für ihre Handlungen – etwa für tätliche Angriffe, Folter und andere schwere Vergehen - zur Verantwortung zu ziehen.

Daneben existieren „interne Truppen“ (VV – Vnutrisni Viys'ka Ukrayiny), die zwar militärisch organisiert sind, aber ebenfalls dem Innenministerium unterstehen. Letztere unterstützen mit einer Stärke von etwa 39.000 Personen die Polizei, sollen bei Massenunruhen eingesetzt werden und dienen der Bekämpfung interner Konflikte sowie dem Schutz kritischer Infrastruktur, wie etwa von Atomkraftwerken.

Nach der Auflösung des sowjetischen Geheimdienstes KGB, entstand in der Ukraine der Inlandsgeheimdienst SBU. Wesentliche Aufgaben sind der Schutz der staatlichen Souveränität, der staatlichen Interessen, des wissenschaftlichen (Rüstungs-)Potentials und der Verfassung. Als Strafverfolgungsbehörde bekämpft der SBU ebenfalls organisierte Kriminalität und Terrorismus. Er ist direkt dem:der Staatspräsident:in unterstellt und unterliegt der parlamentarischen Kontrolle, die jedoch nur bedingt ausgeübt wird und wenig effektiv ist. Dieser Mangel und die Größe des Geheimdienstes (bis zu 30.000 Beschäftigte) scheinen seinen Missbrauch durch die jeweiligen Regierungen zu begünstigen. Berichten zufolge wird er immer wieder zur Unterdrückung der Opposition sowie zur Beeinflussung regimekritischer Journalist:innen und Medien genutzt. Zuletzt fokussierte sich der SBU insbesondere auf Korruptionsbekämpfung. Es bestehen jedoch einige strukturelle sowie gesetzliche Defizite, die einen erfolgreichen Kampf erschweren. Generell vertraut die Bevölkerung dem Inlandsgeheimdienst bei der Korruptionsbekämpfung jedoch mehr als der Polizei. Während das Militär sich weitestgehend aus politischen Prozessen heraushält und eine neutrale Position einnimmt, beeinflussen viele Sicherheitskräfte diese indirekt mit Hilfe von Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung oder durch kriminelle Aktivitäten.

Im Sommer 2015 wurde daher im Rahmen einer Polizeireform eine neue Einheit mit rund 2.000 Polizist:innen gebildet, die seitdem auch am Maidan eingesetzt wird und die korrupte Straßenpolizei ersetzen soll.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Die Ukraine ist den meisten wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit hat sich die Ukraine schnell bereit erklärt, dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag beizutreten und alle Nuklearwaffen an Russland zu übergeben, was 1996 erfolgreich abgeschlossen wurde. Mit Hilfe der USA hat die Ukraine bis 2001, wie im Start I Vertrag vorgesehen, sämtliche strategischen Bomber, Abschussvorrichtungen für Nuklearwaffen und strategische Marschflugkörper abgerüstet bzw. zerstört. Dennoch lieferten ukrainische Unternehmen Mittelstreckenraketen, auch für den Einsatz mit Nuklearsprengköpfen, an den Iran und nach China. Die Ukraine verfügt noch immer über ein Arsenal an Streumunition und betrachtet diese als legitime Waffe. Sie ist daher dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 nicht beigetreten und ukrainische Streitkräfte sollen diese Waffe laut dem [Cluster Munition Monitor 2022](#) im Abwehrkampf gegen Russland mindestens drei Mal eingesetzt haben, was von offizieller Seite auch nicht dementiert wurde. Russland soll in diesem Konflikt auch neu entwickelte Streumunition eingesetzt haben. Seit der Lieferung von Streumunition durch die USA zur Mitte des Jahres 2023 wird diese regelmäßig auch durch die Ukraine verwendet.

Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat die Ukraine unterzeichnet, aber bislang noch nicht ratifiziert. Gegen die Ukraine ist derzeit kein Waffenembargo von Seiten der UN, EU oder OSZE verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2022

[...]Through the end of the year, Russia's forces continued to conduct hostilities, including launching missile and drone strikes throughout Ukraine, hitting critical infrastructure, including power, water, and heating facilities. They struck at least 261 hospitals and clinics as well as 501 schools by December. Amnesty International and the Organization for Security and Cooperation in Europe characterized these attacks as relentless and indiscriminate; during the year, more than 13 million residents were displaced and thousands of civilians killed, including 429 confirmed deaths among children, with experts assessing the actual number was likely much higher. [...]

The Russian Federation conducted sham referenda in Donetsk, Kherson, Luhansk, and Zaporizhzhya oblasts from September 23 to 27. President Putin proclaimed the so-called annexation of these four oblasts into the Russian Federation on September 30. On March 3 and October 12, UN General Assembly resolutions condemned both Russia's invasion and the purported annexation of Ukrainian territories.

There were also significant human rights issues involving Ukrainian government officials, although not comparable to the scope of Russia's abuses, which included credible reports of: unlawful or arbitrary killings; forced disappearances; torture and other cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment; harsh or life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; serious problems with the independence of the judiciary; restrictions on freedom of expression, including for members of the media, violence or threats of violence against journalists, unjustified arrests or prosecutions of journalists, and censorship; serious restrictions on internet freedom; refoulement of refugees to a country despite risks they would face torture or persecution; serious acts of government corruption; lack of investigation of and accountability for gender-based violence; crimes or threats of violence motivated by antisemitism; crimes involving violence or threats of violence targeting

persons with disabilities, members of ethnic minority groups, and lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, and intersex persons; and the existence of the worst forms of child labor.

The government generally did not take adequate steps to prosecute or punish officials who committed abuses, resulting in a climate of impunity. The government took some steps to identify, prosecute, and punish officials involved in corruption.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2022
<https://www.state.gov/reports/2022-country-reports-on-human-rights-practices/ukraine/>

Box 7

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2022/2023

Russia's full-scale invasion of Ukraine in February was a violation of the UN Charter and an act of aggression, a crime under international law. Russian forces conducted indiscriminate attacks resulting in thousands of civilian casualties, amid mounting evidence of other crimes including torture, sexual violence and unlawful killings. Attacks on civilian infrastructure also led to violations of the rights to housing, health and education. A new law on the media granted excessive powers for the Ukrainian state media regulator. Promised new legislation on civil partnerships appeared to include same-sex relationships. The war exacerbated existing inequalities for women, amid a reported increase in gender-based violence. The crackdown on dissent and human rights defenders in Russian-occupied Crimea continued.

Quelle: Amnesty International Report 2022/2023
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/5670/2023/en/>

Box 8

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2023

Bewertung für die Ukraine auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 28/60

Politische Rechte: 22/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (50/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 9

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2023

The Russian armed forces launched an all-out invasion of Ukraine in February 2022, inflicting massive civilian and military casualties and destroying civilian infrastructure. Millions of Ukrainians have been displaced from their homes, and Russian troops have engaged in extrajudicial executions, torture, and sexual violence against local residents. In areas subjected to longer periods of occupation, Russian authorities have used intimidation, arbitrary detention, and torture to assert control over political expression, the education system, and many other aspects of civilian life. Ukraine has

received substantial military, diplomatic, humanitarian, and financial support from the United States, European Union (EU) member states, and other democracies since the full-scale invasion. President Volodymyr Zelenskyy declared martial law immediately after the invasion and was widely credited with overseeing a successful defense effort, though his government has also implemented some war-related legal changes that drew international and domestic criticism for their impact on civil liberties. In previous years, the current and other Ukrainian administrations had enacted a number of positive reforms as part of a drive to strengthen democratic institutions, combat corruption, and reduce the influence of politically powerful business magnates.

Note:

The numerical scores and status listed here do not reflect conditions in the occupied Ukrainian territories of Crimea and Eastern Donbas, which are examined in separate reports.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/ukraine/freedom-world/2023>

Kommentar

Lange Zeit war es um die Menschenrechte in der Ukraine besser bestellt als in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Einschränkungen betrafen dann jedoch nach der Wahl Janukowitschs zum Präsidenten im Jahr 2010 vor allem die Medien und die Opposition. So wurden Regierungsgegner:innen verstärkt vom staatlichen Justizapparat verurteilt. Der Inlandsgeheimdienst betrieb darüber hinaus eine Kampagne der Einschüchterung. Während die Ukraine seit den Protesten gegen das Regime Janukowitschs und dessen Absetzung 2014 einige Reformen durchgeführt hat, die auch zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage beigetragen haben, bestehen zahlreiche Probleme weiter und es kommt zu Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel willkürlichen Verhaftungen und Folter. Auch die Straffreiheit von Sicherheitskräften bleibt weiterhin ein großes Problem.

Besonders problematisch ist die Menschenrechtssituation in der Ost-Ukraine, wo es im Zuge des bewaffneten Konflikts mit von Russland unterstützten Milizen zu außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen und Einschüchterung durch bewaffnete Gruppen kommt; ukrainisches Militär und Milizen eingeschlossen. Nur in seltenen Fällen kommt es zur strafrechtlichen Verfolgung dieser Verbrechen durch die ukrainische Justiz. Es herrscht auch hier weitestgehend ein Klima der Straflosigkeit.

Innere Lage im Empfängerland

Box 10

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

The period under review was marked by significant developments that have created new challenges for Ukraine. In April 2019, Volodymyr Zelensky – a former comedian with no political experience – was elected as president in a landslide election in which he received 73% of the votes. Satisfying the popular demand for new faces in politics, Zelensky promised to put corrupt politicians in jail and introduce instruments of direct democracy. On the day of his inauguration in May 2019, he announced early parliamentary elections. His newly established party, Servant of the People, which was comprised of various political interest groups and new faces without a political background from

across the country, won 254 seats in the snap elections held in July 2019, thus enabling the respective parliamentary faction to create a single-party majority – an unprecedented development in Ukrainian politics to date.

With a broad popular mandate and sufficient votes in parliament to pass legislation, Zelensky and his party went into “turbo mode,” passing a large number of laws within a short period of time and without proper parliamentary deliberation. Headed by a young prime minister, Oleksiy Honcharuk, the early days of the new government inspired cautious hope as the new prosecutor general, Ruslan Ryaboshapka, launched an ambitious reform of the prosecution.

However, in March 2020, Zelensky initiated a reshuffling of the government replacing Oleksiy Honcharuk with Denys Shmyhal as prime minister. The reform-minded Prosecutor General Ryaboshapka was replaced by the politically compromised Iryna Venediktova. Zelensky’s falling approval rates – from more than 70% in September 2019 to below 50% in February 2020 to 35% by December 2020 – account for this reshuffling. In addition, his party grew increasingly fragmented and heavily influenced by entrenched political and economic interest groups. In 70% of the parliamentary votes held in March 2020, the president’s party did not get enough votes to pass legislation, which only further undermined Zelensky’s capacity to advance his reform agenda.

Local elections held in October 2020 took place against the background of the final stage of decentralization – one of the most successful reforms initiated in the wake of the 2014 Maidan revolution (also known as the Revolution of Dignity). Confirming the president’s fading popularity, his party won only 17.6% of local council seats nationally and suffered setbacks in major cities across the country.

Failed efforts to introduce judicial reform and increased attacks on anti-corruption institutions throughout 2019 and 2020 culminated in a constitutional crisis in late 2020 in which the Constitutional Court ruled as unconstitutional obligatory public asset declarations, thereby undermining previous efforts to establish effective corruption control mechanisms. During this period, there were also several incidents of selective justice being carried out that included the numerous criminal charges brought against former President Poroshenko, violent attacks against civil society activists and the country’s police force being captured by private interests. At the same time, oligarchic powers and openly pro-Russian political forces, represented by the Opposition Platform – For Life party funded by Viktor Medvedchuk (himself a close ally of Russian President Vladimir Putin) gained significant influence in southeastern Ukraine, making their anti-democratic agenda felt in parliament. [...]

While Zelensky promised to bring an end to the war with Russia, he eventually realized that Russia, not Ukraine, holds the keys to terminating the conflict. His few achievements included three waves of prisoner exchanges (September and December of 2019 and again in April 2020) and the comprehensive cease-fire reached in July 2020, which resulted in a significant reduction in the number of casualties.

A strong civil society in Ukraine, coupled with the conditionality of Western financial institutions and strong engagement of the EU and other international partners, continued to push for reforms.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2022)

Im Jahresbericht 2022 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erreichte die Ukraine 33 von 100 möglichen Punkten (2021: 32 Punkte). Damit erreichte es genauso viele Punkte wie Algerien, Angola, El Salvador, die Mongolei, die Philippinen und Sambia. Deutschland erreichte 79 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2022>

Spannungen und innere Konflikte

In der Ukraine bestehen seit Jahren zwei wesentliche Konfliktstränge, die sich teilweise auch überlappen und in der gegenwärtigen Krise des Landes zum Vorschein kommen: Zum einen existieren politische Loyalitätskonflikte zwischen den ukrainischen Bevölkerungsteilen und den russisch geprägten Bevölkerungsteilen. Zum anderen bestimmen seit Jahren existierende Auseinandersetzungen zwischen pro-westlichen und pro-russischen Fraktionen der politischen Elite wie auch der Bevölkerung die Politik des Landes. Mit der Wahl Viktor Janukowitschs kam im Februar 2010 ein pro-russischer Präsident an die Macht. Die darauffolgenden Jahre waren weiterhin durch Streitigkeiten um die Orientierung der Ukraine – vermehrt in Richtung Russlands oder der EU – bestimmt.

Im November 2013 markierten Proteste in der Bevölkerung den Beginn der gegenwärtig anhaltenden, tiefen ukrainischen Staatskrise. Auslöser für die Protestbewegungen („Euromaidan“) war die Nichtunterzeichnung eines seit 2007 verhandelten Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU, welches auf dem EU-Ukraine-Gipfel im Dezember 2011 verabschiedet und am 30. März 2012 paraphiert wurde. Kern des Abkommens ist ein umfassendes Freihandelsabkommen, das die nahezu vollständige Öffnung des jeweiligen Binnenmarktes für den Kooperationspartner vorsieht. Im November 2013 lehnte der damalige Präsident der Ukraine, Viktor Janukowitsch, die Vertragsunterzeichnung allerdings überraschend ab – zum Unmut eines großen Bevölkerungsanteils. In der Folge kam es zu den Protesten auf dem Kiewer Platz der Unabhängigkeit („Maidan Nesaleshnosti“), der erstmals am 29./30. November mit brutalen Mitteln durch eine Sonderpolizeieinheit geräumt wurde. Es folgten landesweite Massenproteste, die Janukowitsch wiederum gewaltsam unterdrücken ließ. Nachdem die ersten Aktivist:innen ums Leben kamen, antwortete der Euromaidan mit Gegengewalt, welche jedoch vornehmlich von Anhänger:innen des „Rechten Sektors“ (Prawyj Sektor) ausgingen. In der Folgezeit kam es zu zahlreichen Gebäudebesetzungen seitens der Demonstrierenden sowie massiven Menschenrechtsverletzungen seitens der Sicherheitskräfte.

Zu dem Zeitpunkt galt die territoriale Integrität des Landes bereits als gefährdet, was insbesondere auf der ukrainischen Schwarzmeerhalbinsel Krim sichtbar wurde. Dort übernahmen am 27. Februar 2014 bewaffnete Akteure, darunter viele russische Soldat:innen ohne Hoheitsabzeichen, die Kontrolle; besetzten Flughäfen, Regierungsgebäude und Truppenstützpunkte, während das prorussische Parlament zeitgleich, unter Anwesenheit bewaffneter Personen, die Regierung absetzte. Eine Volksbefragung zum zukünftigen Status der Krim wurde eingeleitet und am 16. März stimmte die Mehrheit der Krim-Bewohner:innen für den Beitritt zu Russland. Da offizielle, von Russland bekanntgegebene Zahlen jedoch nicht unabhängig überprüft werden konnten und sie zudem widersprüchlich waren, ist die Legitimität der Abstimmung stark in Frage gestellt. Anfang April kam es infolge dieser Ereignisse auch im Osten des Landes zu Unruhen, wo Aktivist:innen in den Millionenstädten Charkiw und Donezk ebenfalls Referenden über eine Abspaltung forderten und Regierungsgebäude besetzten. Die Unruhen im Land beschädigten das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine schwer, beschuldigte letztere doch Moskau Provokateur:innen in die Ukraine zu schleusen, welche die Unruhen unterstützten. So soll etwa der separatistische Kommandeur Igor Girkin dem russischen Militärgeheimdienst GRU angehören.

Am 18. April 2014 einigten sich die USA, Russland, die Ukraine und die EU schließlich auf einen Friedensfahrplan unter der Voraussetzung, dass die Separatist:innen in der Ostukraine die besetzten Gebäude räumen und ihre Waffen niederlegen. Da diese Anweisung allerdings missachtet wurde, setzte die Regierung in Kiew ihren Militäreinsatz fort. Dies wiederum veranlasste Russland, die militärische Präsenz auf ukrainischem Territorium auszubauen. Am 11. Mai stimmten auch die Provinzen Luhansk und Donezk (Ostukraine) in einem Referendum über eine Abspaltung ab, die durch 89 Prozent der Wähler:innen befürwortet worden sein soll. Die separatistischen Führungsfiguren erklärten die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, die von der EU und den USA nicht anerkannt, von russischer Seite hingegen bestätigt wurden. Das Minsker Protokoll vom 5. September 2014 und das Minsker Memorandum vom 19. September 2014 sahen unter anderem eine Feuerpause, den Abzug schweren Geräts und besondere Selbstverwaltungsrechte auf lokaler Ebene für einige Teile der Ost-Ukraine vor. Eine OSZE-Mission sollte die Waffenruhe überwachen. Dennoch kam es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Daran änderte auch der erneuerte Waffenstillstandsvertrag vom 12. Februar 2015 (Minsk II) nicht viel, zu dessen Scheitern die OSZE die Separatist:innen verantwortlich machte. Auch in den Jahren 2016 bis 2018 kam es immer wieder zu Verletzungen des Waffenstillstands.

Im April 2019 wurde dann Wolodymyr Selenskyj zum neuen Präsidenten der Ukraine gewählt. Im Dezember 2019 kam es in Paris zu erneuten Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine, um unter Vermittlung von Frankreich und Deutschland einen dauerhaften Waffenstillstand zu erzielen. Im Zuge des Führungswechsels in Kiew konnten bereits ein beidseitiger Gefangenenaustausch, die Rückgabe von Patrouillenbooten sowie eine Truppenentflechtung (Rückverlegung von 1000 Metern, Minenräumung) ausgehandelt werden. Im Sommer 2020 konnte erneut ein Waffenstillstand ausgehandelt werden. Allerdings kam es schon nach kurzer Zeit wieder zu Verletzungen desselben. Allerdings ging deren Anzahl im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurück. So reduzierte sich deren Zahl nach Angaben der OSZE nach dem in Minsk vereinbarten Waffenstillstand ab dem 27. Juli für die Monate August, September und Oktober 2020 um 95 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das Fernziel blieb die Umsetzung des Minsker Abkommens.

Im Jahr 2021 kam es zweimal zu massiven Truppenmassierungen in der Nähe der ukrainischen Grenze. Berichten zufolge sollen allein zwischen November und Dezember zwischen 70.000 und 100.000 Soldat:innen, schweres Kriegsgerät sowie medizinische Versorgungseinrichtungen und entsprechende Logistik auf russischer Seite in die Grenzregion gebracht worden sein. Von Seiten der Nato wurde die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) in Alarmbereitschaft versetzt, um einen möglichen Angriff auf die Ukraine begegnen zu können. Hintergrund für die russischen Truppenaufstockungen soll die mangelnde Bereitschaft Kiews sein, die Minsker Vereinbarung umzusetzen. Diese würde beinhalten, dass die Ukraine zwei separatistisch kontrollierte Regionen unter „Sonderstatus“ wieder aufnimmt – was aus Sicht Kiews eine Untergrabung ihrer Souveränität bedeuten würde. Zudem forderte der russische Präsident Putin Garantien, dass die Nato nicht weiter gen Osten erweitert werden soll. Die Ukraine und Georgien sind derzeit um einen Beitritt bemüht.

Seit der russischen Invasion befindet sich das Land im Kriegszustand und hat die Generalmobilisierung verkündet. Schätzungen zufolge könnten im Zuge des Krieges bisher mehr als 500.000 russische sowie ukrainische Soldat:innen getötet worden sein. Die Zahl

der verifizierten getöteten Zivilist:innen liegt nach Angaben des [OHCHR](#) (Stand: 11.09.2023) bei mindestens 9.614; die Dunkelziffer ist jedoch sehr hoch. Im Oktober 2023 waren zudem rund [6,2 Millionen](#) Menschen ins Ausland geflüchtet (davon rund 5,8 Millionen, die in Schutzprogrammen von EU-Ländern registriert waren).

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Die Ukraine liegt im Osten Europas und grenzt im Norden und Westen an Belarus, Polen, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldawien. Im Osten verfügt die Ukraine über eine lange gemeinsame Landgrenze mit Russland. Im Süden grenzt das Land an das Schwarze Meer und verfügte bis zur russischen Annexion der Krim mit Sewastopol über einen strategisch wichtigen Hafen, der von der russischen Schwarzmeerflotte genutzt wurde. Seit sich die Halbinsel am 2. März 2014 von der Ukraine abspaltete und für unabhängig erklärte gilt ihre völkerrechtliche Zugehörigkeit für die internationale Gemeinschaft mehrheitlich als rechtswidrig. Ein Referendum am 16. März 2014 bestätigte anschließend die Angliederung an Russland, woraufhin die Republik Krim und die Russische Föderation am 18. März 2014 einen Vertrag über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation unterschrieben.

Politische Situation in der Region

Die derzeit größten Spannungen in der Region bestehen zwischen der Ukraine und Russland. Die Beziehungen der beiden Staaten sind schon seit geraumer Zeit angespannt. Zwischen 2005 und 2010 war zunächst der Gaspreis Anlass für Konflikte zwischen Russland und der Ukraine, in Folge derer Russland zeitweilig die Lieferung von Gas dorthin stoppte. Die Konfliktparteien konnten sich jedoch im April 2010 auf eine 30-prozentige Preisreduzierung für die Ukraine einigen, für die diese im Gegenzug den Nutzungsvertrag für die russische Marinebasis Sewastopol im Schwarzen Meer verlängerte.

Derzeit befindet sich die Ukraine aufgrund der russischen Annexion der Krim sowie der Unterstützung für die Separatist:innen im Osten des Landes erneut im Konflikt mit Russland (siehe Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“). Bis zum Januar 2018 hatte die ukrainische Regierung im Hinblick auf die Kämpfe in den beiden östlichen Gebieten Donezk und Luhansk von einer "Anti-Terror-Operation" gesprochen. Ein im Januar 2018 vom ukrainischen Parlament erlassenes Gesetz betrachtet die beiden Regionen nun als "von Russland besetztes Gebiet".

Am 25. November 2018 beschossen russische Sicherheitskräfte drei ukrainische Schiffe in der Meerenge von Kertsch und enterten diese. Die Ukraine verhängte daraufhin am 26. November 2018, zunächst für die Dauer von 30 Tagen, das Kriegsrecht. Der Krieg in der Ostukraine hat nach Angaben der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in Kiew allein vom April 2014 und bis Ende 2018 zwischen 12.800 und 13.000 Menschen getötet; darunter auch 3.300 Zivilist:innen.

Grenzkonflikte

Im Jahr 2009 konnte durch einen Gerichtsbeschluss des Internationalen Gerichtshof ein langer Grenzkonflikt zwischen Rumänien und der Ukraine beigelegt werden. Umstritten waren angrenzende Seegebiete bzw. der Zugang zum Schwarzen Meer, die zum Vorteil Rumäniens entschieden wurden. Beiden Staaten haben aber die Möglichkeit, die natürlichen Ressourcen (Öl und Gas) auszubeuten. Beide Regierungen hatten bereits vor der Entscheidung angekündigt, das Ergebnis zu akzeptieren.

Ungelöst bleibt hingegen ein Konflikt zwischen Russland und der Ukraine über die Zugehörigkeit der Straße von Kertsch, die das Asowsche Meer und das Schwarze Meer verbindet. Die Ukraine beansprucht aufgrund historischer Zugehörigkeit die Kontrolle über die Wasserstraße, Russland beansprucht aber de facto die Kontrolle durch die Annexion der Krim. Für Russland ist sie ein wirtschaftlich wie militärisch wichtiger Faktor. Beide Seiten verhandeln zwar seit Jahren über die endgültige Abgrenzung des Gebiets, eine Einigung konnte jedoch bis heute nicht erreicht werden. Zusätzlich zu diesem Konflikt besteht nun der Streit um die Zugehörigkeit der Krim-Halbinsel nach der russischen Annexion sowie um die beiden Provinzen Luhansk und Donezk, welche die Ukraine als „von Russland besetztes Gebiet“ betrachtet. Wie der Krieg um genannte und weitere Gebiete der Ostukraine ausgehen wird, bleibt weiterhin offen.

Regionale Rüstungskontrolle

Nach der Auflösung der Sowjetunion hat die Ukraine alle Nuklearwaffen im Land vernichtet und ist 1994 dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten. Nach der Annexion der Krim durch Russland wuchs die Befürchtung, die Ukraine könnte die nukleare Aufrüstung anstreben. Die ukrainische Regierung erklärte jedoch mehrfach, dass die Ukraine frei von Nuklearwaffen bleiben soll.

Die Ukraine ist Mitgliedsstaat des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Der Vertrag entstand im November 1990 vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges und legt Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme, welche im Vertragsgebiet stationiert werden dürfen, fest. In Folge der Unterzeichnung wurden in den teilnehmenden Staaten mehr als 50.000 Waffensysteme zerstört.

Insbesondere durch den Austritt Russlands aus dem Vertragsverbund im Jahr 2007 wird die Wirksamkeit des KSE-Vertrages jedoch in Frage gestellt. Grundsätzlich befindet sich die Rüstungskontrolle hier in einer tiefen Krise, die sich durch den aktuellen Krieg mit Russland weiter verschärft. Wie eine zukünftige Rüstungskontrolle und Sicherheits- und Vertrauensbildende Maßnahmen, spätestens nach Ende des Konflikts, ausgestaltet werden müssen, ist derzeit Bestand wissenschaftlicher und politischer Debatten.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im März 2014 setzte der Ständige Rat der OSZE die zivile Sonderbeobachtungsmission „Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine“ ein. Die Mission war mit ihrem Hauptsitz in Kiew und Teams an Beobachter:innen in den Gebieten Iwano-Frankiwsk, Lemberg und Czernowitz (Westukraine) sowie Cherson, Donezk, Dnipro, Luhansk und Odessa (Südostukraine) vertreten. Die SMM sollte durch ihre Präsenz Spannungen verringern und

durch ihre täglichen Lageberichte zu Transparenz und damit zur Stabilisierung beitragen. Außerdem hatte sie die Aufgabe, die Einhaltung der Waffenstillstandsabkommen sowie des Abzugs schwerer Waffen zu beobachten. Im Dezember 2020 waren rund 720 internationale Beobachter:innen aus 44 OSZE-Staaten in der Ukraine stationiert, darunter auch 29 Deutsche. Zum 31. März 2022 wurde die Mission aufgrund des Krieges eingestellt.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Ukraine ist bis heute kein unmittelbares Ziel transnationaler Terrorgruppen. Das Land hat alle wichtigen Anti-Terrorismus-Konventionen unterzeichnet und betreibt aktiv die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die in die Hände von Terrorist:innen gelangen könnten.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Organisierte Kriminalität ist ein großes Problem in der Ukraine. Laut einem Bericht des World Economic Forum vom November 2017 zählt die Ukraine zur Gruppe der Länder mit einem hohen Niveau an organisierter Kriminalität. Auch der Global Organised Crime Index 2022 zählt die Ukraine zu den Ländern mit hoher Kriminalität und geringer Resilienz. Es belegt hier den 34. von 193 Plätzen (wobei der letzte Platz die geringste Kriminalität bzw. ein geringes Kriminalitätsrisiko darstellt). Insbesondere der Drogen- und Zigarettenhandel floriert; zusätzlich begünstigt durch die gewaltsam ausgetragenen Konflikte im Osten des Landes und die damit verbundene Destabilisierung des Landes. Ein weiteres schwerwiegendes Problem, mit dem die Ukraine zu kämpfen hat, ist der anhaltende Menschen- und illegaler Waffenhandel. Das Land hat sich zu einem wichtigen Herkunfts-, Transit- und Zielland für Menschenschmuggel entwickelt. Hinsichtlich des illegalen Waffenhandels siehe das Kapitel „[Unerlaubte Wiederausfuhr](#)“.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Die Ukraine übermittelt regelmäßig Angaben im Rahmen des [UN-Waffenregisters](#) zu Rüstungsimporten und -exporten. So hat sie lediglich im Jahr 2011 keinen Bericht eingereicht, allerdings enthalten die eingereichten Berichte oftmals nur dürftige Informationen. Auch im Rahmen des UN-Registers über [Militärausgaben](#) berichtet das Land recht regelmäßig, zuletzt im Jahr 2020.

Da das Land kein Mitglied des [Arms Trade Treaty](#) ist, bzw. diesen noch nicht ratifiziert hat, reichte es hier dementsprechend noch keinen Bericht ein. Im Rahmen des [Programme of Action](#) on small arms and light weapons werden im zweijährlichen Turnus Berichte eingereicht, zuletzt 2020.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Das Gesetz von 2003 „On State Control over International Transfers of Military and Dual-use Goods“ ist die rechtliche Basis für die Exportkontrolle von Rüstungsgütern und Waffen. Das Gesetz beinhaltet drei zentrale Elemente, die den Prozess bei Rüstungsexportentscheidungen leiten sollen: a) Die Anerkennung der internationalen Bemühungen bei Nichtverbreitung; b) Harmonisierung der ukrainischen Prozesse und Strukturen im Hinblick auf internationale Normen und Standards; und c) Kooperation mit Staaten und internationalen Organisationen zur Stärkung der internationalen Sicherheit und Stabilität. In den Entscheidungsprozess einbezogen sind neben dem:der Präsident:in auch der:die Verteidigungs- und Außenminister:in, die Direktor:innen der Geheimdienste sowie der:die Direktor:in des größten staatlichen Rüstungsunternehmens Ukrspetseksport, das mit Exportgeschäften beauftragt ist.

Die Ukraine gilt als Ursprungsland vieler illegaler Waffentransfers, auch an bewaffnete Akteure in unterschiedlichen Konflikten in Afrika, Osteuropa, Mexiko und dem Nahen Osten. Laut ukrainischen Zeitungsberichten gelangten rund 500.000 Waffen seit dem Beginn des Konflikts im Donbass im April 2014 auf den ukrainischen Schwarzmarkt, darunter Gewehre, Maschinengewehre und Pistolen. Die größten Quellen dieser Waffen waren sowjetische Bestände sowie Ausrüstung, die von Separatist:innen zurückgelassen wurde.

Darüber hinaus wurden Berichte bekannt, denen zufolge Waffen, die die Ukraine nach Deutschland schickt, in den Händen von syrischen Rebell:innen landen könnten und dort für „verdeckte Operationen“ verwendet werden. Das Auswärtige Amt hat auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag eingeräumt, dass der ukrainische Staatskonzern Ukroboronprom halbautomatische Gewehre des Typs SKS Simonow in die Bundesrepublik geliefert habe. Die Außenexpertin der Linken, Sevim Dagdelen, kritisiert, dass Berlin den Verdacht nicht ausräumen könne, dass diese Waffen an islamistische „Gotteskrieger:innen“ weitergegeben worden seien, um einen Regimewechsel in Syrien zu begünstigen. Die Jamestown-Foundation, ein US-amerikanischer Think Tank, geht davon aus, dass auf diesem Weg allein 2011 und 2012 etwa 54.000 Kleinwaffen nach Syrien gelangt sein könnten. Lange Zeit waren Staatsbedienstete, Militärs, Polizeiangehörige und Mitglieder des Geheimdienstes aktiv und passiv in den illegalen Waffenhandel involviert.

Am 21.07.2022 berichteten mehrere deutschsprachige Medien zudem, dass der europäischen Polizeibehörde (Inter- bzw. Europol) Hinweise zu organisiertem Waffenschmuggel aus der Ukraine vorliegen. Derzeit ist jedoch unklar in welchem Umfang dies tatsächlich geschieht und bei wie vielen Meldungen es sich um Falschmeldungen handelt. Europäische Behörden gehen, Medienberichten zufolge, aber davon aus, dass Waffenverstecke entlang der ukrainischen EU-Grenze angelegt werden, um Schmuggel zu organisieren. Derzeit wird aber auch befürchtet, dass besonders nach Kriegsende eine Schwemme von gelieferten Klein- und Leichtwaffen auf dem Schwarzmarkt landen könnte. In Moldau, ein traditionell wichtiger Transitpunkt für Waffen des ukrainischen Schwarzmarktes,

wurde unter anderem deswegen bereits ein [Zentrum](#) zur Bekämpfung organisierter Kriminalität durch die EU gegründet. Die illegale Proliferation soll in den letzten Jahren abgenommen haben, einerseits aufgrund verschärfter Kontrollen, andererseits aber auch, da alte Bestände sowjetischer Waffen immer kleiner geworden sind.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

Referred to as a “hijacked (electoral) revolution” by the Ukrainian historian Yaroslav Hrytsak, Zelensky’s term in office amounted to nothing less than a waste of the popular mandate to carry out important reforms. The COVID-19 pandemic only emphasized the chronic weakness of the country’s institutions, in particular its health care system.

The far-reaching reforms introduced prior to the coronavirus crisis brought some benefits to the country’s economy that allowed it to sail through the crisis with quite decent macroeconomic results. Following a 3.2% growth in real GDP for 2019, in 2020 this fell by 4.6%. Inflation, at 5% in December 2020, remained under control and was considerably less than that recorded in 2019. The banking system remained sound. International reserves increased and, though the hryvnia appreciated in 2019, it then depreciated in 2020, more or less back to its 2019 level. Real wages grew in 2020 despite the crisis, while unemployment increased only moderately. In this context, the increase in the fiscal deficit and debt was moderate. However, the new stand-by program with the IMF signed in June 2020 was derailed almost immediately, destabilizing fiscal performance by the second half of 2020.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

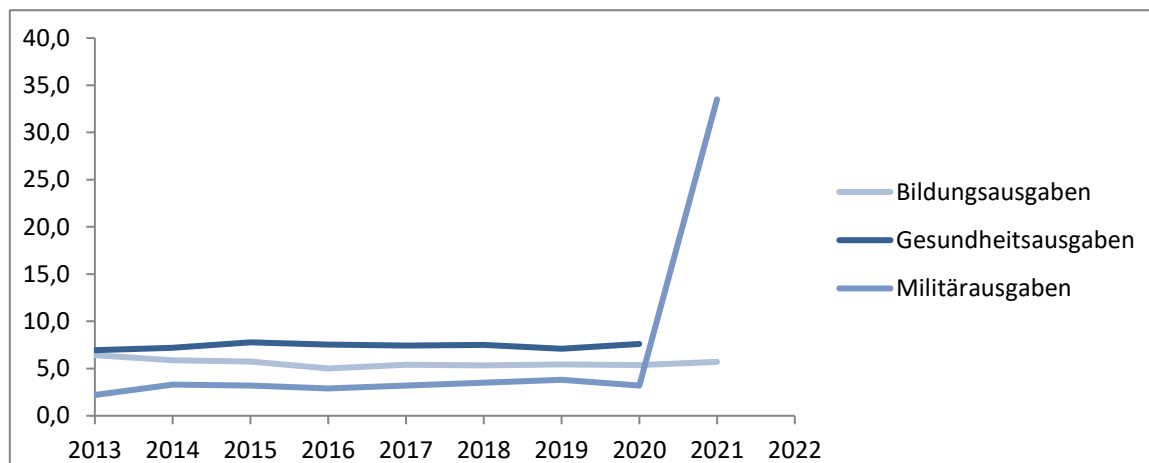
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	5087,4	5811,1	6455,9	5942,8	43983,2
Militärausgaben/BIP	3,2	3,5	3,8	3,2	33,55
Gesundheitsausgaben/BIP	7,5	7,1	7,6	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,3	5,4	5,4	5,7	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2017	2018	2019	2020	2021
Auslandsverschuldung	123870	121873	124879	132313	135643
Anteil am BIP (in Prozent)	110,5	93,1	81,2	84,5	67,9
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	844,6	838,93	670,86	622,66	918,42
Net ODA (% of GNI)*	0,66	0,59	0,4	0,37	0,47
Deutsche ODA Zahlungen*	232,58	251,49	227,32	198,96	223,66

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2021); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2018	2019	2020	2021	2022
Militarisierungswert	160,1	164,8	176,4	169,1	334,7
Index-Platzierung	21	19	17	19	1

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2018	2019	2020	2021	2022
Belarus	Militarisierungswert	171,8	171,9	170,7	171,3	173,7
	Index-Platzierung	18	18	19	18	19
Polen	Militarisierungswert	129,5	129,3	129,3	129,3	127,5
	Index-Platzierung	46	49	51	50	46
Rumänien	Militarisierungswert	137,4	136,9	140,3	139	137,2
	Index-Platzierung	40	40	37	37	36
Russland	Militarisierungswert	207,5	208,4	209,1	204,1	204,4
	Index-Platzierung	8	9	9	11	10
Slowakei	Militarisierungswert	98,3	111,7	116,6	113,4	111,4
	Index-Platzierung	75	66	58	60	61
Ungarn	Militarisierungswert	93,4	100,7	108,7	109,6	101,6
	Index-Platzierung	85	78	70	68	74

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2023.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2018	2019	2020	2021	2022
Belarus	Militärausgaben (absolut)	695	736	744	763	792
	Militärausgaben/BIP	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2
Polen	Militärausgaben (absolut)	12513	12723	14190	15112	16819
	Militärausgaben/BIP	2,0	2,0	2,2	2,2	2,4
Rumänien	Militärausgaben (absolut)	4628	5066	5419	5300	5161
	Militärausgaben/BIP	1,8	1,8	2,0	1,9	1,7
Russland	Militärausgaben (absolut)	60435	63144	64627	65908	71981
	Militärausgaben/BIP	3,7	3,9	4,2	3,7	4,1
Slowakei	Militärausgaben (absolut)	1402	2002	2191	2065	2003
	Militärausgaben/BIP	1,2	1,7	1,9	1,8	1,8
Ungarn	Militärausgaben (absolut)	1616	2280	2954	3060	2774
	Militärausgaben/BIP	1,0	1,3	1,8	1,7	1,5

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2021). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,782	0,783	0,786	0,775	0,773

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und o (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar**Zusammenfassung:**

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 4.270 US-Dollar pro Kopf gilt die Ukraine als „Lower-middle income country“. Die Wirtschaft gilt als einigermaßen widerstandsfähig – im Hinblick auf die ökonomischen Folgen des russischen Angriffskrieges ist jedoch davon auszugehen, dass die Ukraine in Zukunft in hohem Maße von internationaler finanzieller und militärischer Unterstützung anhängig sein wird. Mit einem HDI-Wert von 0,773 gilt

die Ukraine als Land mit hoher menschlicher Entwicklung, liegt im regionalen Vergleich hinter seinen Nachbarländern. Der Konflikt in der Ostukraine seit 2014 und speziell der seit Februar 2022 andauernde Krieg mit Russland führte zur Zerstörung weiter Teile der ukrainischen Infrastruktur (einschließlich von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen) sowie großen Teilen der Agrarproduktionsflächen. Die Summen für den Wiederaufbau des Landes werden aktuell mit rund 150 – über 400 Mrd. US-Dollar beziffert. Der andauernde Gewaltkonflikt im Osten der Ukraine hatte zudem zu einer deutlichen Steigerung der Militarisierung der Ukraine geführt, sodass das Land in den vergangenen Jahren bereits zu den am höchsten militarisierten Staaten weltweit zählte. Im Zuge des Krieges militarisierte sich die Ukraine, die bereits in den Vorjahren zu den am stärksten militarisierten Ländern gehörte, nochmals deutlich und belegt aktuell im Globalen Militarisierungsindex den ersten Platz.

Hinsichtlich der desaströsen (und zum Teil unklaren) wirtschaftlichen und sozialen Lage sind Investitionen in Rüstung und Waffen grundsätzlich als möglicherweise kritisch zu betrachten. Kriterium acht des gemeinsamen Standpunktes sieht jedoch vor, dass eine Abwägung zwischen, den legitimen Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnisse des Empfängerlandes auf der einen und der wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit auf der anderen Seite vorzunehmen ist. Angesichts der russischen Aggression hat die Ukraine nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen das legitime und unbestrittene Recht zur Selbstverteidigung. Zentral für die Bewertung von Exporten ist darüber hinaus die Finanzierung der Militärhilfen. Bis dato wurde der überwiegende Teil der deutschen militärischen Hilfen über die sogenannte Ertüchtigungshilfe der Bundesregierung (2023 waren dafür rund 2,2 Milliarden Euro veranschlagt) und die Europäische Friedensfazilität finanziert, oder speiste sich direkt aus Beständen der Bundeswehr. Nur in Ausnahmefällen wurden für die bisher erfolgten Exporten an die Ukraine - in den Worten des gemeinsamen Standpunktes - Arbeitskräfte oder wirtschaftliche Ressourcen der Ukraine aufgewandt, die für die Entwicklung des Landes hätten genutzt werden können. Weitere Exporte sind demnach im Einzelnen danach zu bewerten, ob sie aus anderen Quellen als dem ukrainischen Staatshaushalt finanziert werden.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Bruttonationaleinkommen von 4.270 US-Dollar pro Kopf gilt die Ukraine als „Lower-middle income country“ und mit einer Auslandsverschuldung von 67,9 % am BIP im Jahr 2021 als hoch verschuldet – im Zuge des russischen Angriffskrieges dürfte dieser Wert aber nochmals enorm gestiegen sein. Ende November 2023 beliefen sich allein die Schulden beim Internationalen Währungsfonds auf rund 8,7 Mrd. US-Dollar. Im Global Competitiveness Index 2019 erlangte das Land den 85. Platz und gilt mit einem Wert von 57 als mittelmäßig wettbewerbsfähig. Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei machen rund 8,2 % des BIPs aus, was keine gefährlich hohe Abhängigkeit von diesem Sektor (etwa in Hinblick auf Dürren oder andere Naturkatastrophen) bedeutet. Das Land weist eine mittelhohe wirtschaftliche Diversifizierung auf, auch im Hinblick auf den Exportsektor, welcher vor allem von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Mineralien, Metallen und Dienstleistungsgütern (Transport und Telekommunikation) geprägt ist. Die Wirtschaft gilt als einigermaßen widerstandsfähig – im Hinblick auf die ökonomischen Implikationen des russischen Angriffskrieges ist jedoch davon auszugehen, dass die Ukraine in Zukunft

in hohem Maße von internationaler finanzieller und militärischer Unterstützung anhängig sein wird. Bereits 2014 stand die Ukraine kurz vor dem Staatsbankrott. Eine zwischenzeitliche wirtschaftliche Stabilisierung kann die extremen Folgen des Krieges nicht abfedern.

Soziale Entwicklung

Mit einem HDI-Wert von 0,773 gilt die Ukraine als Land mit hoher menschlicher Entwicklung, liegt im regionalen Vergleich aber deutlich zurück. Zum Vergleich: Deutschland weist einen Wert von 0,942 auf, die Nachbarländer der Ukraine bspw. 0,822 (Russland), 0,821 (Rumänien), 0,876 (Polen), 0,808 (Belarus), 0,848 (Slowakei), 0,846 (Ungarn) – lediglich Moldawien liegt mit 0,767 leicht darunter. Der Anteil der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit macht rund 0,47 % am Bruttonationaleinkommen aus, was keine hohe Abhängigkeit bedeutet. Dieser Wert dürfte sich in Zukunft jedoch deutlich erhöhen. Absolute Armut (weniger als 2,15 PPP-Dollar pro Tag) stellte im Jahr 2020 kein ernstzunehmendes Problem mehr dar und auch die relative Armut (gemessen an der nationalen Armutsgrenze) war mit 1,6 % niedrig. Im Zuge des Krieges sollen die Erfolge der Armutsreduktion aber bereits um mehr als 15 Jahre zurückgeworfen worden sein. Der Anteil der Menschen die von weniger als 6,85 PPP-Dollar am Tag leben müssen, soll von 5,5 % auf 24,1 % gestiegen sein. Die Arbeitslosigkeit liegt mit 9,8 % und die Jugendarbeitslosigkeit (15-24 Jahre) mit 19,1 allerdings hoch. Der Gini-Index von 25,6 ist ausgesprochen niedrig, was auf eine sehr ausgeglichene Einkommensverteilung hinweist (Deutschland weist hier mit einem Wert von 31,7 bspw. eine deutlich weniger ausgeglichene Verteilung auf).

Der Konflikt in der Ostukraine seit 2014 und speziell der seit Februar 2022 andauernde Krieg mit Russland führt zu enormen wirtschaftlichen und sozialen Verlusten. Aufgrund der Zerstörung weiter Teile der ukrainischen Infrastruktur (einschließlich von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen), der Zerstörung von Agrarproduktionsflächen und Industrieanlagen sowie der enormen Flucht und Abwanderung in andere Länder oder andere Landesteile der Ukraine ist die wirtschaftliche Lage desaströs. Die Ukraine weist bereits seit 1993 eine schrumpfende Bevölkerung auf – die Abwanderung sowie Übersterblichkeit nahm im Zuge des aktuellen Krieges jedoch enorm zu. 2022 schrumpfte die Bevölkerung der Ukraine, Weltbankdaten zufolge um 14,2 %.

Ohne weitere ökonomische Schocks prognostizierte die Weltbank bereits einen Wirtschaftseinbruch von 35 Prozent, welcher mit rund 28 % im Jahr 2022 auch annähernd erreicht wurde. Die Summen für den Wiederaufbau des Landes werden unterschiedlich hoch beziffert. Die Kiew School of Economics schätzt die Wiederaufbaukosten aktuell auf rund 150 Mrd. Dollar; die Weltbank auf 411 Mrd. Dieser wird ohne externe Hilfen daher nicht möglich sein.

Der andauernde Gewaltkonflikt im Osten der Ukraine hatte zudem zu einer deutlichen Steigerung der Militarisierung der Ukraine geführt, sodass das Land in den vergangenen Jahren bereits zu den am höchsten militarisierten Staaten weltweit zählte. 2022 erreichte es mit einem Anstieg der Militärausgaben auf rund ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung einen weltweiten Rekordwert und belegte im [Globalen Militarisierungsindex](#) daher erstmals den ersten Platz.

Hinsichtlich der desaströsen (und zum Teil unklaren) wirtschaftlichen und sozialen Lage sind Investitionen in Rüstung und Waffen grundsätzlich als möglicherweise kritisch zu betrachten. Kriterium acht des gemeinsamen Standpunktes sieht jedoch vor, dass eine

Abwägung zwischen, den legitimen Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnisse des Empfängerlandes auf der einen und der wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit auf der anderen Seite vorzunehmen ist. Angesichts der russischen Aggression hat die Ukraine nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen das legitime und unbestrittene Recht zur Selbstverteidigung. Zentral für die Bewertung von Exporten ist darüber hinaus die Finanzierung der Militärhilfen. Bis dato wurde der überwiegende Teil der deutschen militärischen Hilfen über die sogenannte Ertüchtigungshilfe der Bundesregierung (2023 waren dafür rund 2,2 Milliarden Euro veranschlagt) und die Europäische Friedensfazilität finanziert, oder speiste sich direkt aus Beständen der Bundeswehr. Nur in Ausnahmefällen wurden für die bisher erfolgten Exporten an die Ukraine - in den Worten des gemeinsamen Standpunktes - Arbeitskräfte oder wirtschaftliche Ressourcen der Ukraine aufgewandt, die für die Entwicklung des Landes hätten genutzt werden können. Weitere Exporte sind demnach im Einzelnen danach zu bewerten, ob sie aus anderen Quellen als dem ukrainischen Staatshaushalt finanziert werden.

bicc \
Bonn International Centre for Conflict Studies GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
+49 (0)228 911 96-0, bicc@bicc.de

www.bicc.de
www.facebook.com/bicc.de
twitter.com/BICC_Bonn

bicc Bonn
International Centre
for Conflict Studies

Direktor
Professor Dr. Conrad Schetter

HERAUSGEBER
Dr. Markus Bayer

SONSTIGE MITARBEIT
Rolf Alberth
Stella Hauk
Fiona Wilshusen
Paul Rohleder

LAYOUT
BICC

VERÖFFENTLICHUNG
26.01.2024

Dieser Bericht wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

